

Amtsblatt

des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

Jahrgang 4

16. April 2024

Nr. 05/2024

Inhalt

Bekanntmachung

Beschlüsse der Verbandsversammlung Seite 1

Veröffentlichungen

Satzung über die öffentliche Abwasserbe-
seitigung (Abwassersatzung-AbwS) Seite 2

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die
Erhebung von Verwaltungskosten für Amts-
handlungen in weisungsfreien Angelegenheiten
des AZV Heidelberg vom 08. März 2022 Seite 23

Satzung des AZV Heidelberg über die
Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit
(Entschädigungssatzung) Fassung
vom 26.03.2024 Seite 26

Genehmigung der Neufassung der
Verbandssatzung des AZV Heidelberg Seite 27



**Das Amtsblatt und alle anderen
wichtigen Informationen finden Sie
auch auf unserer Internetseite unter:**

<https://www.azv-heidelberg.de>

Bekanntmachung

Beschlüsse

In der letzten öffentlichen Verbandsversammlung am 15.04.2024 wurden folgende Beschluss gefasst:

Beschluss-Nr.	Inhalt	Ergebnis
VV-01/2024	Feststellung des Jahresabschlusses 2021 des AZV Heidelberg	beschlossen
VV-02/2024	Bildung von Haushaltsausgaberesten (HHAR) im Haushaltsjahr 2022	beschlossen
VV-03/2024	Vergabe der örtlichen Prüfung der Jahresabschlüsse 2023 bis 2026 des AZV Heidelberg	beschlossen

Beschluss-Nr.	Inhalt	Ergebnis
VV-04/2024	Neufassung der Satzung des AZV Heidelberg über die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung) Fassung vom 26.03.2024	beschlossen
VV-05/2024	Annahme von Geld- und Sachzuwendungen	beschlossen
VV-06/2024	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten des AZV Heidelberg vom 08. März 2022 in der Fassung vom 27.03.2024	beschlossen
VV-07/2024	Feststellung der Gebührenkalkulation 2024 - 2026 des AZV Heidelberg in der Fassung vom 28.03.2024, erarbeitet von Herrn Findeisen (KOMMUNALBERATUNG Jens Findeisen Bad Döben)	beschlossen
VV-08/2024	Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) des Abwasserzweckverbandes Heidelberg in der Fassung vom 28.03.2024	beschlossen

Veröffentlichungen

Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Teil – Allgemeines

- § 1 – Öffentliche Einrichtung 3
 § 2 – Begriffsbestimmung 3

2. Teil – Anschluss und Benutzung

- § 3 – Berechtigung und Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung 4
 § 4 – Anschlussstelle, vorläufiger Anschluss 5
 § 5 – Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang 5
 § 6 – Allgemeine Ausschlüsse 5
 § 7 – Einleitungsbeschränkungen 6
 § 8 – Eigenkontrolle, Wartung und Überwachung 7
 § 9 – Abwasseruntersuchungen 7
 § 10 – Grundstücksbenutzung 7

3. Teil – Anschlusskanäle und Grundstücksentwässerungsanlagen

- § 11 – Anschlusskanäle 8
 § 12 – Sonstige Anschlüsse, Aufwandsersatz 8
 § 13 – Genehmigungen 8
 § 14 – Regeln der Technik für Grundstücksentwässerungsanlagen 9
 § 15 – Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen 9
 § 16 – Abscheider, Hebeanlagen, Pumpen, Zerkleinerungsgeräte, Toiletten mit Wasserspülung 10
 § 17 – Sicherung gegen Rückstau 10
 § 18 – Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Zutrittsrecht 10
 § 19 – Dezentrale Abwasseranlagen 11

4. Teil – Abwasserbeitrag

- § 20 – Erhebungsgrundsatz 12
 § 21 – Gegenstand der Beitragspflicht 12
 § 22 – Beitragsschuldner 12

§ 23 – Beitragsmaßstab	12
§ 24 – Grundstücksfläche	13
§ 25 – Nutzungsfaktor	13
§ 26 – Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Geschoszahl festsetzt	13
§ 27 – Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan ein Baumassenzahl festsetzt	14
§ 28 – Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Höhe baulicher Anlagen festsetzt	14
§ 29 – Stellplätze, Garagen, Gemeinbedarfsflächen und sonstige Flächen in Bebauungsplangebieten nach § 30 Abs. 1 BauGB	14
§ 29a – Sakralbauten	14
§ 30 – Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die keine Bebauungsplanfestsetzungen im Sinne der §§ 26 bis 29 bestehen	15
§ 31 – Erneute Beitragspflicht	15
§ 32 – Zusätzlicher Abwasserbeitrag von Großverbrauchern	15
§ 33 – Beitragssatz	16
§ 34 – Entstehung der Beitragsschuld	16
§ 35 – Fälligkeit der Beitragsschuld	16
§ 36 – Entstehung und Fälligkeit von Vorauszahlungen	16
§ 37 – Ablösung des Beitrages	16
§ 38 – Anrechnung von Erschließungsleistungen auf den Abwasserbeitrag	16
5. Teil – Abwassergebühren	
1. Abschnitt: Allgemeines	
§ 39 – Erhebungsgrundsatz	17
§ 40 – Gebührensschuldner	17
2. Abschnitt: Schmutzwasserentsorgung	
§ 41 – Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserentsorgung	17
§ 42 – Abwassermenge bei der Schmutzwasserentsorgung	17
§ 43 – Absetzungen bei der Schmutzwasserentsorgung	18
3. Abschnitt: Niederschlagswasserentsorgung	
§ 44 – Gebührenmaßstab für die Niederschlagswasserentsorgung	19
§ 45 – Ermittlung der versiegelten Grundstücksfläche	19
4. Abschnitt: Dezentrale Entsorgung	
§ 46 – Gebührenmaßstab für dezentrale Anlagen	20
5. Abschnitt: Abwassergebühren	
§ 47 – Höhe der Abwassergebühren	20
6. Abschnitt: Starkverschmutzer	
§ 48 – Starkverschmutzerzuschlag	21
§ 49 – Verschmutzungswerte	21
7. Abschnitt: Gebührenschild	
§ 50 – Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschild, Veranlagungszeitraum	21
§ 51 – Vorauszahlungen	21
6. Teil – Anzeigepflicht, Anordnungsbefugnis, Haftung, Ordnungswidrigkeiten	
§ 52 – Anzeigepflichten	21
§ 53 – Haftung des AZV	22
§ 54 – Anordnungsbefugnis, Haftung der Benutzer	22
§ 55 – Ordnungswidrigkeiten	23
7. Teil – Übergangs- und Schlussbestimmungen	
§ 56 – Unklare Rechtsverhältnisse	24
§ 57 – In-Kraft-Treten	24
Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)	24

Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

Präambel

Auf der Grundlage von § 56 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023, S. 176), in Verbindung mit § 50 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) § 6 Abs. 1 und § 5 Abs. 4 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) in Verbindung mit den §§ 4,14, und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) sowie der §§ 1, 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 17 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), hat die Verbandsversammlung am 16. April 2024 die nachfolgende Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (AbwS) des Abwasserzweckverbandes Heidelberg beschlossen:

1. Teil - Allgemeines

§ 1

Öffentliche Einrichtung

- (1) Der Abwasserzweckverband (im Folgenden: AZV) betreibt die Beseitigung des in seinem Gebiet anfallenden Abwassers als eine einheitliche öffentliche Einrichtung (aufgabenbezogene Einheitseinrichtung).
- (2) Als angefallen gilt Abwasser, das
 - über eine Grundstücksentwässerungsanlage in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt oder
 - in abflusslosen Gruben oder Kleinkläranlagen gesammelt wird oder
 - zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gebracht wird.
- (3) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung der öffentlichen Abwasseranlagen besteht nicht.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- (1) Abwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser), das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser) sowie das sonstige in öffentliche Abwasseranlagen mit Schmutzwasser oder Niederschlagswasser fließende Wasser.
- (2) Öffentliche Abwasseranlagen haben den Zweck, das im Verbandsgebiet angefallene Abwasser zu sammeln, den Abwasserbehandlungsanlagen zuzuleiten und zu reinigen. Öffentliche Abwasseranlagen sind insbesondere die öffentlichen Kanäle, Regenrückhaltebecken, Regenüberlauf- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke und Abwasserbehandlungsanlagen (z.B. Klärwerke), Versickerungs- und Rückhalteanlagen für Niederschlagswasser (u. a. Mulden- und Rigolensysteme, Sickermulden/-teiche/-schächte), soweit sie nicht Teil der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen sind sowie offene und geschlossene Gräben, soweit sie der öffentlichen Abwasserbeseitigung dienen. Zu den öffentlichen Abwasseranlagen gehören auch die Grundstücksanschlüsse im Bereich der öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen bis zur Grenze der Grundstücke, die unmittelbar an diese Flächen angrenzen, sogenannte Anliegergrundstücke (Anschlusskanäle im Sinne von § 11).
- (3) Private Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Anlagen, die der Sammlung, Vorbehandlung, Behandlung, Prüfung und Ableitung des Abwassers bis zur öffentlichen Abwasseranlage dienen. Dazu gehören insbesondere Leitungen, die im Erdreich oder Fundamentbereich verlegt sind und das Abwasser dem Anschlusskanal zuführen (Grundleitungen), einschließlich der Prüf-, Kontroll- und

Übergabeschächte, Hebeanlagen, abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen, Pumpanlagen bei einer Abwasserdruckentwässerung, Versickerungs- und Rückhalteanlagen für Niederschlagswasser soweit sie sich auf privaten Grundstücksflächen befinden, Notüberläufe als Entlastungsbauwerke für außerplanmäßige Ableitungen in die öffentlichen Abwasseranlagen, Drosseleinrichtungen für die vergleichmäßige und reduzierte (gedrosselte) Ableitung von Niederschlagswasser in die öffentlichen Abwasseranlagen, soweit sie sich auf privaten Grundstücksflächen befinden und nicht dem AZV gehören oder zu seinen Gunsten dinglich gesichert sind oder ihm zur Nutzung überlassen wurden. Anlagen auf Anliegergrundstücken, die der Entwässerung von Grundstücken dienen, die nicht unmittelbar an öffentliche Verkehrs- und Grünflächen angrenzen, sog. Hinterliegergrundstücke, sind in der Regel private Grundstücksentwässerungsanlagen. Hierunter zählen auch Anlagen in privaten Straßen, Wegen und Plätzen, soweit die Anlagen nicht im Eigentum des AZV stehen, zu seinen Gunsten dinglich gesichert sind oder ihm zur Nutzung überlassen wurden.

- (4) Grundstücke, für die weder eine leitungsgebundene Anschlussmöglichkeit noch ein tatsächlicher leitungsgebundener Anschluss besteht und deren Abwasser über eine private Kleinkläranlage behandelt oder in einer privaten abflusslosen Grube gesammelt und jeweils abgefahren wird, gelten als dezentral entsorgt im Sinne von § 17 Abs. 1 Satz 2 und 3 SächsKAG. Die nicht unter Satz 1 fallenden, entsorgten Grundstücke gelten als zentral entsorgt.
- (5) Kleinkläranlagen (KKA) sind Anlagen nach § 1 Abs. 2 u. 3 Kleinkläranlagenverordnung (KKAVO) vom 19.06.2007 (SächsGVBl. S. 281 ff). Abflusslose Gruben dienen der Sammlung des gesamten Schmutzwassers, einschließlich des anfallenden Grauwassers aus dem Sanitär- und Küchenbereich.

2. Teil - Anschluss und Benutzung

§ 3

Berechtigung und Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Abwasser anfällt, sind nach näherer Bestimmung dieser Satzung berechtigt und verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen, diese zu benutzen und das gesamte auf den Grundstücken anfallende Abwasser dem AZV im Rahmen des § 50 SächsWG zu überlassen, soweit der AZV zur Abwasserbeseitigung verpflichtet ist (Anschluss- und Benutzungszwang). Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstücks Berechtigte tritt an die Stelle des Eigentümers.
- (2) Die Benutzungs- und Überlassungspflicht nach Absatz 1 trifft auch die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen.
- (3) Grundstücke sind, wenn sie mit einer baulichen Anlage versehen werden, anzuschließen, sobald die für sie bestimmten öffentlichen Abwasseranlagen betriebsfertig hergestellt sind. Wird die öffentliche Abwasseranlage erst nach Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten nach der betriebsfertigen Herstellung anzuschließen.
- (4) Unbebaute Grundstücke sind anzuschließen, wenn der Anschluss im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, des Verkehrs oder aus anderen Gründen des öffentlichen Wohls geboten ist.
- (5) Abwasser, das auf Grundstücken anfällt, die nicht an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossen sind, hat der nach den Absätzen 1 und 2 Verpflichtete dem AZV oder dem von ihm beauftragten Unternehmer zu überlassen (Benutzungszwang). Dies gilt nicht für Niederschlagswasser, soweit dieses auf andere Weise ordnungsgemäß beseitigt wird.
- (6) Bei Grundstücken, die nach dem Abwasserbeseitigungskonzept des AZV nicht oder noch nicht an einen öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen werden können, kann der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete den Anschluss seines Grundstücks verlangen, wenn er den für den Bau des öffentlichen Kanals entstehenden Aufwand übernimmt und auf Verlangen angemessene Sicherheit leistet. Einzelheiten, insbesondere die Frage, wer den Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand trägt, werden durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt.

§ 4

Anschlussstelle, vorläufiger Anschluss

- (1) Wenn der Anschluss eines Grundstücks an die nächstliegende öffentliche Abwasseranlage technisch unzumutbar oder die Ableitung des Abwassers über diesen Anschluss für die öffentliche Abwasseranlage nachteilig wäre, kann der AZV verlangen oder gestatten, dass das Grundstück an eine andere öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird.
- (2) Ist die für ein Grundstück bestimmte öffentliche Abwasseranlage noch nicht hergestellt, kann der AZV den vorläufigen Anschluss an eine andere öffentliche Abwasseranlage gestatten oder verlangen.

§ 5

Befreiungen vom Anschluss- und Benutzungszwang

Von der Verpflichtung zum Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigung und von der Verpflichtung zur Benutzung deren Einrichtungen können die nach § 3 Abs. 1, 2 und 5 Verpflichteten auf Antrag insoweit und solange befreit werden, als ihnen der Anschluss oder die Benutzung wegen ihres, die öffentlichen Belange überwiegenden, privaten Interesses an der eigenen Beseitigung des Abwassers nicht zugemutet werden kann und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist.

§ 6

Allgemeine Ausschlüsse

- (1) Von der öffentlichen Abwasserbeseitigung sind sämtliche Stoffe ausgeschlossen, die die Reinigungswirkung der Klärwerke, den Betrieb der Schlammbehandlungsanlagen, die Schlammabeseitigung oder die Schlammverwertung beeinträchtigen, das Material der öffentlichen Abwasseranlagen und/oder Transportfahrzeuge angreifen, ihren Betrieb, ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung behindern, erschweren oder gefährden können, oder die den in öffentlichen Abwasseranlagen arbeitenden Personen oder dem Vorfluter schaden können. Dies gilt auch für Flüssigkeiten, Gase und Dämpfe.
- (2) Insbesondere sind ausgeschlossen:
 1. Stoffe – auch in zerkleinertem Zustand –, die zu Ablagerungen oder Verstopfungen in den öffentlichen Abwasseranlagen führen können (z. B. Kehrlicht, Schutt, Mist, Sand, Küchenabfälle, Asche, Zellstoffe, Textilien, Schlachtabfälle, Tierkörper, Panseninhalt, Schlempe, Trub, Trester, hefehaltige Rückstände, Schlamm, Haut- und Lederabfälle, Glas und Kunststoffe),
 2. feuergefährliche, explosive, giftige, fett- oder ölhaltige Stoffe (z. B. Benzin, Karbid, Phenole, Öle und dgl.), Säuren, Laugen, Salze, Reste von Pflanzenschutzmitteln oder vergleichbaren Chemikalien, Blut, mit Krankheitskeimen behaftete Stoffe und radioaktive Stoffe,
 3. Jauche, Gülle, Abgänge aus Tierhaltungen, Silosickersaft und Molke,
 4. faulendes und sonst übelriechendes Abwasser (z. B. milchsaure Konzentrate, Krautwasser),
 5. Abwasser, das schädliche oder belästigende Gase oder Dämpfe verbreiten kann,
 6. farbstoffhaltiges Abwasser, dessen Entfärbung im Klärwerk nicht gewährleistet ist,
 7. Wasch- und Reinigungsmittel (Tenside) in Mengen, die zu unverhältnismäßig starker Schaumbildung führen,
 8. Abwasser, das einem wasserrechtlichen Bescheid nicht entspricht,
 9. Abwasser, dessen chemische und physikalische Eigenschaften Werte aufweist, die über den allgemeinen Richtwerten für die wichtigsten Beschaffenheitskriterien der Anlage I des Merkblattes DWA-M 115/2 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) in der jeweils gültigen Fassung liegen,
 10. sonstiges Abwasser sowie Wasser aus Haus- oder Grundstücksdrainagen, Niederschlagswasser von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowie von unbefestigten Flächen, für dessen Beseitigung der AZV nicht zuständig ist, Grundwasser und Wasser aus Gewässern, Brunnen und Quellen. Ausnahmen sind nur mit schriftlicher Zustimmung des Zweckverbandes nach § 7 Abs. 4 zulässig
- (3) Der AZV kann im Einzelfall weitergehende Anforderungen stellen, wenn dies für den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.
- (4) Der AZV kann im Einzelfall Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zulassen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die Versagung der Ausnahme im Einzelfall eine unbillige Härte bedeuten würde und der Antragsteller evtl. entstehende Mehrkosten übernimmt.
- (5) § 50 Absätze 3 bis 6 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) bleiben unberührt.

§ 7

Einleitungsbeschränkungen

- (1) Der AZV kann im Einzelfall die Einleitung von Abwasser und von sonstigem Wasser von einer Vorbehandlung, Drosselung oder Speicherung abhängig machen, wenn seine Beschaffenheit oder Menge dies insbesondere im Hinblick auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen oder auf sonstige öffentliche Belange erfordert.
- (2) Der AZV kann mit Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde Abwasser, das wegen seiner Art oder Menge in den vorhandenen Abwasseranlagen nicht abgeleitet oder behandelt werden kann, von der Einleitung ausschließen.

- (3) Abwasser darf durch den Grundstückseigentümer oder den sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten nur dann in öffentliche Abwasseranlagen, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind, eingeleitet werden, wenn es nach dem Stand der Technik entsprechend behandelt worden ist. Für bestehende Einleitungen kann der AZV die Einhaltung von Einleitwerten festlegen und für die Erfüllung dieser Pflichten bestimmte Fristen setzen, um die kommunalen Einleitwerte nach dem Stand der Technik gemäß Satz 1 sicherzustellen. Erfüllt der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete die Festlegungen innerhalb der gesetzten Frist nicht, kann der Zweckverband ihn von der Einleitung ausschließen. § 54 Abs. 1 dieser Abwassersatzung bleibt unberührt.
- (4) Die Einleitung von Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt und von sonstigem Wasser bedarf der schriftlichen Zustimmung des AZV.
- (5) Der AZV ist berechtigt, die Abwassereinleitung fristlos zu unterbinden, wenn die nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten den Bestimmungen dieser Satzung zuwiderhandeln und die Unterbindung erforderlich ist, um
 1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwehren oder
 2. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Abwassereinleiter, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des AZV oder Dritter oder Rückwirkungen auf den Betrieb der öffentlichen Abwasseranlage und der öffentlichen Abwasserbeseitigung ausgeschlossen sind, soweit andere Maßnahmen unverhältnismäßig oder unzulässig sind, um die Störung zu beseitigen.
 Erfolgt ein Anschluss oder eine Benutzung der Anlagen des AZV ohne eine nach dieser Satzung erforderliche Zustimmung oder Genehmigung, kann der AZV unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des Grundstückseigentümers mit angemessener Fristsetzung jederzeit eine Abwassereinleitung unterbinden, soweit andere Maßnahmen unverhältnismäßig oder unzulässig sind.
- (6) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichtzahlung einer fälligen Abgabenschuld trotz Mahnung, ist der AZV berechtigt, die Abwasserentsorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen. Dies gilt nicht, wenn der nach § 3 Abs. 1, 2 und 5 Verpflichtete - sofern er Abgabenschuldner ist - darlegt, dass die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Verpflichtete seinen Verpflichtungen nachkommt. Der AZV kann mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Abwasserentsorgung androhen.
- (7) Der AZV hat die Abwasserentsorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für die Einstellung entfallen sind und der Abgabenschuldner die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Abwasserentsorgung ersetzt hat.
- (8) In den im Trennverfahren entwässerten Gebieten darf unbelastetes Niederschlagswasser nur in den Niederschlagswasserkanal, Schmutzwasser nur in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden. Unbelastetes Grund- und Dränwasser sowie unbelastetes Kühlwasser, Klarwasser aus Brunnenanlagen, Wasser aus Gewässern, Quell-, unbelastetes Niederschlagswasser darf nicht in Schmutzwasser- oder Mischwasserkanäle eingeleitet werden, die im Klärwerk enden. Die Einleitung von unbelastetem Grund-, Drän-, Quell- und Kühlwasser, Klarwasser aus Brunnenanlagen, Wasser aus Gewässern (= sonstiges Wasser) bedarf in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AZV; bei Einleitungen in Schmutzwasseranlagen gilt dies auch für Niederschlagswasser.

§ 8

Eigenkontrolle, Wartung und Überwachung

- (1) Der AZV kann verlangen, dass auf Kosten des Grundstückseigentümers oder des sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten Vorrichtungen zur Messung und Registrierung der Abflüsse und der Beschaffenheit der Abwässer zur Bestimmung der Schadstofffracht in die Grundstücksentwässerungsanlage eingebaut oder an sonst geeigneter Stelle auf dem Grundstück angebracht, betrieben und in ordnungsgemäßem Zustand gehalten werden. Dies gilt auch für die Einleitung sonstigen Wassers im Sinne von § 7 Abs. 4 und 8.
- (2) Die Eigenkontrolle und Wartung einer Kleinkläranlage bzw. einer abflusslosen Grube hat den Bestimmungen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu den Anforderungen an Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, über deren Eigenkontrolle und Wartung sowie deren Überwachung (Kleinkläranlagenverordnung) in der jeweils geltenden Fassung zu genügen. Danach erforderliche Wartungen einer Kleinkläranlage sind durch einen zertifizierten Fachbetrieb (siehe dazu auch § 19 Abs. 8) auszuführen. Das Betriebsbuch einer Kleinkläranlage bzw. einer abflusslosen Grube ist nach deren endgültiger Stilllegung bis zum Ende des 5. folgenden

Kalenderjahres aufzubewahren. Im Falle eines Rechtsstreits ist das Betriebsbuch bis zum Ablauf eines Jahres nach dessen rechtskräftigem Abschluss aufzubewahren.

- (3) Der AZV kann verlangen, dass eine Person bestimmt wird, die für die Bedienung der Anlage und für die Führung des Betriebstagebuches verantwortlich ist. Das Betriebstagebuch einer Kleinkläranlage bzw. einer abflusslosen Grube ist nach dem Datum der letzten Eintragung oder des letzten Beleges bzw. endgültiger Stilllegung mindestens fünf Jahre lang, im Falle eines Rechtsstreits bis zum Ablauf eines Jahres nach dessen rechtskräftigem Abschluss, aufzubewahren.
- (4) Das Betriebstagebuch ist dem AZV oder dessen Beauftragten auf Verlangen vorzulegen.

§ 9

Abwasseruntersuchungen

- (1) Der AZV kann bei Bedarf Abwasseruntersuchungen vornehmen. Er bestimmt, in welchen Abständen die Proben zu entnehmen sind, durch wen die Proben zu entnehmen sind und wer sie untersucht. Für das Zutrittsrecht gilt § 18 Abs. 2 entsprechend.
- (2) Die Kosten einer Abwasseruntersuchung trägt der Verpflichtete, wenn wegen der besonderen Verhältnisse eine ständige Überwachung geboten ist.
- (3) Wenn bei einer Untersuchung des Abwassers Mängel festgestellt werden, hat der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete diese unverzüglich zu beseitigen.

§ 10

Grundstücksbenutzung

Die Grundstückseigentümer und sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete sind im Rahmen der Vorschriften des § 93 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des § 95 Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) verpflichtet, für Zwecke der öffentlichen Abwasserbeseitigung das Verlegen von Kanälen und Abwasseranlagen zur Ab- und Fortleitung von Abwasser über ihre Grundstücke gegen Entschädigung zu dulden. Sie haben insbesondere den Anschluss anderer Grundstücke an die Anschlusskanäle zu ihren Grundstücken zu dulden.

3. Teil - Anschlusskanäle und Grundstücksentwässerungsanlagen

§ 11

Anschlusskanäle

- (1) Anschlusskanäle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) werden vom AZV hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt.
- (2) Art, Zahl und Lage der Anschlusskanäle sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Grundstückseigentümers oder sonstiger nach § 3 Abs. 1 Verpflichteter und unter Wahrung ihrer berechtigten Interessen vom AZV bestimmt.
- (3) Der AZV stellt den für den erstmaligen Anschluss eines Anliegergrundstückes an das Schmutzwassersystem notwendigen Anschlusskanal bereit. Jedes Anliegergrundstück erhält mindestens einen Anschlusskanal.
- (4) In besonders begründeten Fällen (insbesondere bei Sammelgaragen, Reihenhäusern, Grundstücksteilung nach Verlegung des Anschlusskanals) kann der AZV den Anschluss mehrerer Grundstücke über einen gemeinsamen Anschlusskanal vorschreiben oder auf Antrag zulassen.
- (5) Die Kosten der für den erstmaligen Anschluss eines Grundstücks an das Schmutzwassersystem sind durch den Abwasserbeitrag insbesondere nach den §§ 21 und 33 abgegolten.
- (6) Der Anschluss an die vorhandene Niederschlagsentwässerung im Trennsystem ist gesondert zu beantragen. Der § 12 bleibt unberührt.

§ 12

Sonstige Anschlüsse, Aufwandsersatz

- (1) Der AZV kann auf Antrag des Grundstückseigentümers oder sonstiger nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten weitere, sowie vorläufige oder vorübergehende Anschlusskanäle herstellen. Als weitere Anschlusskanäle gelten auch Anschlusskanäle für Grundstücke, die nach Entstehen der erstmaligen Beitragspflicht (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 bis 3) neu gebildet werden.
- (2) Den tatsächlich entstandenen Aufwand für die Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung der in Absatz 1 genannten Anschlusskanäle trägt derjenige, der zum Zeitpunkt der Herstellung des Anschlusskanals, im Übrigen zum Zeitpunkt der Beendigung der Maßnahme

Grundstückseigentümer oder sonstiger nach § 3 Abs. 1 Verpflichteter ist, soweit die Herstellung oder die Maßnahmen von ihm zu vertreten sind oder ihm dadurch Vorteile zuwachsen. Dazu ist mit dem AZV eine gesonderte Anschlussvereinbarung abzuschließen.

- (3) Der Anspruch auf Ersatz des Aufwands entsteht mit der Herstellung des Anschlusskanals, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.
- (4) Der Aufwandsersatz wird einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheids fällig.

§ 13

Genehmigungen

- (1) Der schriftlichen Genehmigung des AZV bedürfen:
 1. die Herstellung der privater Grundstücksentwässerungsanlagen, deren Anschluss an die öffentliche Einrichtung sowie deren Änderungen,
 2. die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen sowie die Änderung der Benutzung.Bei vorübergehenden oder vorläufigen Anschlüssen wird die Genehmigung widerruflich oder befristet ausgesprochen. Erfolgt bereits eine Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen, liegt hierfür aber keine nach dieser Satzung erforderliche Genehmigung oder schriftliche Zustimmung des AZV vor, ist eine solche nachträglich zu beantragen. Dies gilt auch für Benutzungen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung begründet worden sind.
- (2) Einem unmittelbaren Anschluss steht der mittelbare Anschluss (z. B. über bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen) gleich.
- (3) Für die den Anträgen beizufügenden Unterlagen gelten die Vorschriften des Teiles 1 Abschnitt 1 (Bauvorlagen § 1) der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (SächsBO-DurchführVO) in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß. Die zur Anfertigung der Pläne erforderlichen Angaben (Kanaltiefe, Lage des Anschlusskanals) sind beim AZV einzuholen.

§ 14

Regeln der Technik für Grundstücksentwässerungsanlagen

Die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (§ 2 Abs. 3) sind nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften und den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben. Allgemein anerkannte Regeln der Technik sind insbesondere die technischen Bestimmungen für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Abwasseranlagen.

§ 15

Herstellung, Änderung und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlagen

- (1) Die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (§ 2 Abs. 3) sind vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten auf seine Kosten herzustellen, zu unterhalten und nach Bedarf gründlich zu reinigen.
- (2) Der AZV ist im technisch erforderlichen Umfang befugt, mit dem Bau der Anschlusskanäle einen Teil der Grundstücksentwässerungsanlagen, einschließlich der Kontroll- und Übergabeschächte mit den gemäß § 8 Abs. 1 erforderlichen Messeinrichtungen, herzustellen und zu erneuern. Der Aufwand ist dem AZV vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten zu ersetzen. § 12 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend.
- (3) Der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete hat die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlagen mit den öffentlichen Abwasseranlagen im Einvernehmen mit dem AZV herzustellen. Grundleitungen sind in der Regel mit mindestens 150 mm Nennweite auszuführen. Der letzte Schacht mit Reinigungsrohr ist so nahe wie technisch möglich an die öffentliche Abwasseranlage zu setzen; er muss stets zugänglich und bis auf Rückstauenebene (§ 17) wasserdicht ausgeführt sein.
- (4) Bestehende Grundstücksentwässerungsanlagen sind vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten auf seine Kosten zu ändern, wenn Menge oder Art des Abwassers dies notwendig machen.
- (5) Änderungen an einer Grundstücksentwässerungsanlage, die infolge einer nicht vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten zu vertretenden Änderungen der öffentlichen Abwasseranlagen notwendig werden, führt der AZV auf seine Kosten aus, sofern nichts

anderes bestimmt ist. Dies gilt nicht, wenn die Änderung oder Stilllegung der Grundstücksentwässerungsanlagen

- dem erstmaligen leitungsgebundenen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage dient,
- für Grundstücke, die einen erstmaligen Anschluss an die zentrale Abwasserentsorgung erhalten oder
- wenn die Änderung oder Stilllegung eine Folge der Änderung oder Stilllegung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben auf dem betreffenden Grundstück ist oder
- der bisherige Anschluss an die Anlagen oder die Benutzung der Anlagen des AZV ohne eine nach dieser Satzung erforderliche Zustimmung oder Genehmigung erfolgt ist.

Die Änderungen nach Satz 2 hat der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete auf seine Kosten und nach den übrigen Bestimmungen dieser Satzung durchzuführen.

- (6) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage – auch vorübergehend – außer Betrieb gesetzt, so kann der AZV den Anschlusskanal verschließen oder beseitigen. Der Aufwand ist vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten zu ersetzen. § 12 Abs. 3 und 4 gelten entsprechend. Der AZV kann die Ausführung der in Satz 1 genannten Maßnahmen auf den Grundstückseigentümer oder den sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten übertragen.
- (7) Im Rahmen des erstmaligen Anschlusses eines Grundstücks an die öffentlichen Abwasseranlagen (§ 15 Abs. 3) oder der wesentlichen Änderung einer Grundstücksentwässerungsanlage nach § 15 Abs. 5 Satz 2 hat der Grundstückseigentümer oder der sonst nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete dem AZV die Dichtheit von allen schmutzwasserführenden Anlagenteilen der Grundstücksentwässerungsanlage (§ 2 Abs. 3) nachzuweisen. Für den Nachweis gelten § 15 Abs. 1 und Abs. 5 Satz 3 entsprechend.

§ 16

Abscheider, Hebeanlagen, Pumpen, Zerkleinerungsgeräte, Toiletten mit Wasserspülung

- (1) Auf Grundstücken, auf denen Fette, Leichtflüssigkeiten wie Benzin und Benzol sowie Öle oder Ölrückstände in das Abwasser gelangen können, sind Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser (Abscheider mit dazugehörigen Schlammfängen) einzubauen, zu betreiben, zu unterhalten und zu erneuern. Die Abscheider mit den dazugehörigen Schlammfängen sind vom Grundstückseigentümer oder den sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten in regelmäßigen Zeitabständen, darüber hinaus bei besonderem Bedarf zu leeren und zu reinigen. Bei schuldhafter Säumnis ist er dem AZV schadenersatzpflichtig. Für die Beseitigung der anfallenden Stoffe gelten die Vorschriften über die Abfallentsorgung. Die allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungsbestimmungen für die Abscheidevorrichtungen und § 14 gelten entsprechend, u. a. auch für die Notwendigkeit zur Führung eines Betriebstagebuchs.
- (2) Der AZV kann vom Grundstückseigentümer und dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten im Einzelfall den Einbau und den Betrieb einer Abwasserhebeanlage verlangen, wenn dies für die Ableitung des Abwassers notwendig ist; dasselbe gilt für Pumpanlagen bei Grundstücken, die an Abwasserdruckleitungen angeschlossen werden.
- (3) Zerkleinerungsgeräte für Küchenabfälle, Müll, Papier und dergleichen dürfen nicht an Grundstücksentwässerungsanlagen angeschlossen werden.
- (4) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Abwasserbeseitigung mit zentraler Abwasserreinigung angeschlossen sind, sind in Gebäuden mit Aufenthaltsräumen nur Toiletten mit Wasserspülung zulässig.
- (5) § 8 und § 14 gelten entsprechend.

§ 17

Sicherung gegen Rückstau

Abwasseraufnahmeeinrichtungen der Grundstücksentwässerungsanlagen, z. B. Toiletten mit Wasserspülung, Bodenabläufe, Ausgüsse, Spülen, Waschbecken und dergleichen, die tiefer als die Rückstauenebene (Straßen- oder Geländeoberfläche) an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung liegen, müssen vom Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten auf seine Kosten wirkungsvoll und dauerhaft gegen Rückstau gesichert werden. Im Übrigen hat der Grundstückseigentümer oder sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete für rückstaufreien Abfluss des Abwassers zu sorgen. § 15 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 18

Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen, Zutrittsrecht

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach Abnahme durch den AZV in Betrieb genommen werden. Die Abnahme der Grundstücksentwässerungsanlage befreit den Bauherrn, den Planverfasser, den Bauleiter und den ausführenden Unternehmer nicht von ihrer Verantwortlichkeit für die vorschriftsmäßige und fehlerfreie Ausführung der Arbeiten.
- (2) Der AZV ist berechtigt, die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen zu prüfen. Den mit der Überwachung der Anlagen beauftragten Personen ist zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlagen Zutritt zu gewähren. Sie dürfen Wohnungen nur mit Einwilligung des Berechtigten, Betriebs- und Geschäftsräume ohne Einwilligung nur in den Zeiten betreten, in denen sie normalerweise für die jeweilige geschäftliche oder betriebliche Nutzung offenstehen. Grundstückseigentümer und die sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten sind verpflichtet, die Ermittlungen und Prüfungen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden und dabei Hilfe zu leisten. Sie haben den zur Prüfung des Abwassers notwendigen Einblick in die Betriebsvorgänge zu gewähren und die sonst erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Werden bei der Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlagen Mängel festgestellt, hat sie der Grundstückseigentümer oder die sonstigen nach § 3 Abs. 1 Verpflichteten unverzüglich auf eigene Kosten zu beseitigen. Der AZV ist zur Fristsetzung ermächtigt.

§ 19

Dezentrale Abwasseranlagen

- (1) a) Die Entsorgung des Schlammes aus Kleinkläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe und des Inhalts abflussloser Gruben erfolgt bedarfsgerecht, mindestens jedoch alle 3 Jahre.
b) Der Mindestentsorgungsrhythmus kann von 3 Jahre auf 5 Jahre verlängert werden, sofern eine aerobe Schlammstabilisierung/belüftete Vorklämung (auch teilweise SSB-Verfahren genannt) angewandt wird.
c) Für alle anderen bestehenden Anlagen und in den Fällen des Absatzes 3 Satz 3 erfolgt die Entsorgung des Schlammes regelmäßig, nach Bedarf oder auf Anordnung des AZV.
- (2) Die bedarfsgerechte oder regelmäßige Entsorgung erfolgt zu dem von dem AZV für jede Kleinkläranlage und abflusslose Grube unter Berücksichtigung der Herstellerhinweise, der DIN 4261 Teil 1 in der jeweils geltenden Ausgabe bzw. der DIN EN 12566 Teil 1 in der jeweils geltenden Ausgabe sowie den Bestimmungen in der allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung festgelegten Zeitpunkt oder mindestens in den in der wasserrechtlichen Entscheidung festgelegten Abständen. Die DIN und DIN EN-Normen sind im Beuth Verlag GmbH, Berlin, erschienen und beim Deutschen Patent- und Markenamt in München archivmäßig gesichert niedergelegt. Der AZV oder der Beauftragte geben die Entsorgungstermine bekannt, die Bekanntgabe kann öffentlich erfolgen.
- (3) ¹Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Fäkalschlamm Entsorgung ist, dass der Grundstückseigentümer oder Sonstige nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete im Rahmen der Wartung eine Schlammspiegelmessung durchführen lässt und dem AZV den Bedarf für eine Entleerung unverzüglich (innerhalb von zwei Wochen durch Übergabe des Wartungsprotokolls) anzeigt.
²Eine Anzeige hat für abflusslose Gruben spätestens dann zu erfolgen, wenn diese bis auf 50 cm unter der Sohle des Zulaufrohrs angefüllt sind.
³Wird bei Kleinkläranlagen mit biologischer Abwasserbehandlung keine Wartung durchgeführt oder werden die Ergebnisse der Schlammspiegelmessungen durch Übergabe des Protokolls dem AZV nicht mitgeteilt, erfolgt eine Entsorgung nach Anordnung des AZV.
- (4) Der AZV kann die dezentralen Abwasseranlagen auch zwischen den nach Absatz 1 und 2 festgelegten Terminen und ohne Anzeige nach Absatz 3 entsorgen, wenn aus Gründen der Wasserwirtschaft ein sofortiges Leeren erforderlich ist.
- (5) Der Grundstückseigentümer oder der sonstige nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete ist dafür verantwortlich, dass die dezentralen Abwasseranlagen jederzeit zum Zwecke des Abfahrens des Abwassers zugänglich sind und sich der Zugang in einem verkehrssicheren Zustand befindet.
- (6) Zur Entsorgung der dezentralen Abwasseranlagen und zur Überwachung ist dem AZV oder dessen Beauftragten ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben zu gewähren.
- (7) Die Überwachung der Eigenkontrolle und Wartung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben erfolgt auf Grundlage der Kleinkläranlagenverordnung. Durch den AZV festgestellte und gegenüber dem

Grundstückseigentümer oder dem sonstigen nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichteten beanstandete Mängel sind von diesem innerhalb der gesetzten Frist zu beheben. Der AZV ist hierüber unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen.

- (8) Die Überwachung der Eigenkontrolle im Sinne des Absatzes 7 Satz 1 wird wie folgt durchgeführt:
 - a) Der Grundstückseigentümer bzw. der nach § 3 Abs. 1 und 2 Verpflichtete hat dem AZV bei Kleinkläranlagen, für die die Wartung durch den Hersteller oder einen Fachbetrieb vorgeschrieben ist, die Wartungsprotokolle innerhalb von 2 Wochen zuzusenden.
 - b) Bei sonstigen Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben erfolgt die Überwachung durch Einsichtnahme in das Betriebsbuch und Sichtkontrolle der Anlage im Bedarfsfall, mindestens nach den Regelungen des § 5 SächsKKVO.
- (9) Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben und deren Nebeneinrichtungen sind unverzüglich außer Betrieb zu setzen, sobald ein Grundstück an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen wird. Den Aufwand für die Stilllegung trägt der Grundstückseigentümer oder sonstige nach § 3 Abs. 1 Verpflichtete.
- (10) § 18 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

4. Teil - Abwasserbeitrag

§ 20

Erhebungsgrundsatz

- (1) Der AZV erhebt zur angemessenen Ausstattung der öffentlichen Einrichtung Abwasserbeseitigung mit Betriebskapital Abwasserbeiträge. Es wird ausschließlich ein Teilbeitrag Schmutzwasserentsorgung erhoben.
- (2) Die Höhe des Betriebskapitals für die Schmutzwasserentsorgung wird auf 11.547.198,00 € festgesetzt.
- (3) Durch Satzung können zur angemessenen Aufstockung des nach Absatz 2 festgesetzten Betriebskapitals gemäß § 17 Abs. 2 SächsKAG weitere Beiträge erhoben werden.

§ 21

Gegenstand der Beitragspflicht

- (1) Der erstmaligen Beitragspflicht im Sinne von § 20 Abs. 1 unterliegen Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung festgesetzt ist, wenn sie bebaut oder gewerblich genutzt werden können. Erschlossene Grundstücke, für die eine bauliche oder gewerbliche Nutzung nicht festgesetzt ist, unterliegen der Beitragspflicht, wenn sie nach der Verkehrsauffassung Bauland sind und nach der geordneten baulichen Entwicklung der Gemeinde zur Bebauung anstehen.
- (2) Wird ein Grundstück an die öffentlichen Schmutzwasseranlagen tatsächlich angeschlossen, so unterliegt es den Beitragspflichten auch dann, wenn die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind.
- (3) Für Grundstücke, denen lediglich eine Entsorgung des Schmutzwassers angeboten wird, für die jedoch vor Inkrafttreten dieser Satzung der Beitrag für Schmutzwasser- und Niederschlagswasserentsorgung (einheitlicher Abwasserbeitrag) erhoben worden ist, wird bestimmt, dass dieser erhobene Beitrag nur als Teilbeitrag Schmutzwasserentsorgung gilt (§17 Abs. 5 SächsKAG). Die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erlassenen Beitragsbescheide für die Abwasserbeseitigung mit einem Beitragsatz von 4,40 DM je m² Nutzungsfläche, das entspricht 2,25 € je m² Nutzungsfläche, gelten in der Höhe von 2,25 € je m² Nutzungsfläche als Beitragsbescheide für die Schmutzwasserbeseitigung.
- (4) Grundstücke im Sinne der Absätze 1 bis 3, für die schon ein erstmaliger Beitrag nach den Vorschriften des SächsKAG oder des Vorschaltgesetzes Kommunalfinanzen entstanden ist, unterliegen einer weiteren Beitragspflicht, wenn dies durch Satzung (§ 20 Abs. 3) bestimmt wird.
- (5) Grundstücke, die dezentral im Sinne des § 2 Abs. 4 S. 1 entsorgt werden, unterliegen nicht der Beitragspflicht.

§ 22

Beitragsschuldner

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheids Eigentümer des Grundstücks ist. Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Eigentümers Beitragsschuldner.
- (2) Bei Wohnungs- und Teileigentum sind die einzelnen Wohnungs- und Teileigentümer nur entsprechend ihrem Miteigentumsanteil Beitragsschuldner. Entsprechendes gilt für sonstige dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte.

- (3) Mehrere Beitragsschuldner nach Absätzen 1 und 2 haften als Gesamtschuldner.
- (4) Der Beitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück, im Falle des Absatzes 1 Satz 2 auf dem Erbbaurecht oder sonstigen dinglichen Nutzungsrecht, im Falle des Absatzes 2 auf dem Wohnungs- oder dem Teileigentum. Entsprechendes gilt für sonstige dingliche Nutzungsrechte.

§ 23

Beitragsmaßstab

Maßstab für die Bemessung des Beitrags für die Schmutzwasserentsorgung ist die Nutzungsfläche. Diese ergibt sich durch Vervielfachen der Grundstücksfläche (§ 24) mit dem Nutzungsfaktor (§§ 25 bis 30).

§ 24

Grundstücksfläche

- (1) Als Grundstücksfläche für die Schmutzwasserentsorgung gilt:
 - 1. bei Grundstücken im Bereich eines Bebauungsplans die Fläche, die unter Berücksichtigung des § 19 Abs. 1 SächsKAG der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zulegen ist,
 - 2. bei Grundstücken, die mit ihrer gesamten Fläche im unbeplanten Innenbereich (§ 34 Baugesetzbuch - BauGB) oder im Bereich eines Bebauungsplans, der die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, liegen, die Fläche, die unter Berücksichtigung des § 19 Abs. 1 SächsKAG der Ermittlung der zulässigen Nutzung zugrunde zulegen ist,
 - 3. bei Grundstücken, die teilweise in den unter Nummern 1 oder 2 beschriebenen Bereichen und teilweise im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen, die nach § 19 Abs. 1 SächsKAG maßgebende Fläche,
 - 4. bei Grundstücken, die mit ihrer gesamten Fläche im Außenbereich (§ 35 BauGB) liegen oder aufgrund § 21 Abs. 2 beitragspflichtig sind, die nach § 19 Abs. 1 SächsKAG maßgebende Fläche.
- (2) Die nach § 19 Abs. 1 SächsKAG vorgesehene Abgrenzung geschieht nach den Grundsätzen für die grundbuchmäßige Abschreibung von Teilflächen unter Beachtung der baurechtlichen Vorschriften ohne die Möglichkeit der Übernahme einer Baulast.

§ 25

Nutzungsfaktor

- (1) Der Nutzungsfaktor bemisst sich nach den Vorteilen, die den Grundstücken nach Maßgabe ihrer zulässigen baulichen Nutzung durch die Einrichtung in Bezug auf die Schmutzwasserentsorgung vermittelt werden. Die Vorteile orientieren sich an der Zahl der zulässigen Geschosse. Als Geschosse gelten Vollgeschosse im Sinne dieser Satzung. Vollgeschosse liegen vor, wenn die Deckenoberfläche im Mittel mehr als 1,40 m über die Geländeoberfläche hinausragt und sie über mindestens 2/3 ihrer Grundfläche eine lichte Höhe von mindestens 2,30 m haben; Geländeoberfläche ist die Fläche, die sich aus der Baugenehmigung oder den Festsetzungen des Bebauungsplans ergibt, im Übrigen die natürliche Geländeoberfläche. Für Grundstücke in Bebauungsplangebieten bestimmt sich das Vollgeschoss nach § 90 Abs. 2 SächsBO.
- (2) Der Nutzungsfaktor beträgt im Einzelnen:

1. in den Fällen der §§ 29 Abs. 2, 3 und 4 und 30 Abs. 5	0,5
2. bei 1-geschossiger Bebaubarkeit und in den Fällen des § 29a	1,0
3. bei 2-geschossiger Bebaubarkeit	1,5
4. bei 3-geschossiger Bebaubarkeit	2,0
5. für jedes weitere, über das 3. Geschoss hinausgehendes Geschoss eine Erhöhung um	0,5.
- (3) Gelten für ein Grundstück unterschiedliche Nutzungsfaktoren, so ist der jeweils höchste Nutzungsfaktor maßgebend.

§ 26

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Geschoszahl festsetzt

- (1) Als Geschoszahl gilt die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse. Ist im Einzelfall eine größere Geschoszahl genehmigt, so ist diese zugrunde zu legen.
- (2) Überschreiten Geschosse nach Absatz 1, die nicht als Wohn- oder Büroräume genutzt werden, die Höhe von 3,5 m, so gilt als Geschoszahl die tatsächlich vorhandene Baumasse des Bauwerks geteilt durch die überbaute Grundstücksfläche und nochmals geteilt durch 3,5, mindestens jedoch die nach Absatz 1 maßgebende Geschoszahl; Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.

- (3) Sind in einem Bebauungsplan über die bauliche Nutzung eines Grundstückes mehrere Festsetzungen (Geschosszahl, Gebäudehöhe, Baumassenzahl) enthalten, so ist die Geschosszahl vor der Gebäudehöhe und diese vor der Baumassenzahl maßgebend.

§ 27

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan eine Baumassenzahl festsetzt

- (1) Bestimmt ein Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung nicht durch eine Geschosszahl oder die Höhe der baulichen Anlagen, sondern durch Festsetzung einer Baumassenzahl, so gilt als Geschosszahl die Baumassenzahl geteilt durch 3,5; Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
- (2) Ist eine größere als die nach Absatz 1 bei Anwendung der Baumassenzahl zulässige Baumasse genehmigt, so ergibt sich die Geschosszahl aus der Teilung dieser Baumasse durch die überbaute Grundstücksfläche und nochmaliger Teilung des Ergebnisses durch 3,5; Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
- (3) § 26 Abs. 3 ist anzuwenden.

§ 28

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan die Höhe baulicher Anlagen festsetzt

- (1) Bestimmt ein Bebauungsplan das Maß der baulichen Nutzung nicht durch eine Geschosszahl oder Baumassenzahl, sondern durch die Festsetzung der zulässigen Höhe baulicher Anlagen, so gilt als Geschosszahl
1. bei Festsetzung der maximalen Gebäudehöhe, die festgesetzte maximale Gebäudehöhe geteilt durch 3,5;
 2. bei Festsetzung der maximalen Wandhöhe das festgesetzte Höchstmaß der Wandhöhe baulicher Anlagen, entsprechend der Definition des § 6 Abs. 4 Satz 3 SächsBO, geteilt durch 3,5, zuzüglich eines weiteren Geschosses, wenn gleichzeitig eine Dachneigung von mindestens 30° festgesetzt ist. Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
- (2) Ist im Einzelfall eine größere als die im Bebauungsplan festgesetzte Höhe baulicher Anlagen genehmigt, so ist diese gemäß Absatz 1 in eine Geschosszahl umzurechnen.
- (3) § 26 Abs. 3 ist anzuwenden.

§ 29

Stellplätze, Garagen, Gemeinbedarfsflächen und sonstige Flächen in Bebauungsplangebieten nach § 30 Abs. 1 BauGB

- (1) Bei Grundstücken, auf denen nach den Festsetzungen des Bebauungsplans nur Stellplätze oder Garagen hergestellt werden können, wird für jedes zulässige oberirdische und tatsächlich vorhandene unterirdische Parkdeck ein Vollgeschoss zugrunde gelegt; sind mehr oberirdische Parkdecks als zulässig vorhanden, wird die tatsächliche Anzahl zugrunde gelegt. Bei anderen Grundstücken gelten als Geschosse neben jenen nach §§ 26 bis 28 auch oberirdische oder unterirdische Parkdecks als Geschosse; Satz 1 ist entsprechend anzuwenden.
- (2) Auf öffentlichen Gemeinbedarfs- und Grünflächengrundstücken, deren Grundstücksflächen nach den Festsetzungen des Bebauungsplans aufgrund ihrer Zweckbestimmung nicht oder nur zu einem untergeordneten Teil mit Gebäuden überbaut werden sollen bzw. überbaut sind (z. B. Friedhöfe, Sportplätze, Freibäder), wird ein Nutzungsfaktor 0,5 angewandt. Die §§ 26, 27 und 28 finden keine Anwendung.
- (3) Für Grundstücke in Kleingärten nach dem Bundeskleingartengesetz gilt ein Nutzungsfaktor von 0,5.
- (4) Für Grundstücke, die von den Bestimmungen der §§ 26, 27, 28 und der Absätze 1 bis 3 nicht erfasst sind (z. B. Lagerplätze) gilt ein Nutzungsfaktor von 0,5, wenn auf ihnen keine Gebäude errichtet werden dürfen.

§ 29a

Sakralbauten

- (1) Vorhandene Kirchen oder vergleichbare Einrichtungen, die sowohl räumlich als auch zeitlich überwiegend für den Gottesdienst genutzt werden, werden mit einem Nutzungsfaktor von 1,0 berücksichtigt.

- (2) Setzt ein Bebauungsplan die Zulässigkeit einer Kirche oder vergleichbarer Einrichtungen für den Gottesdienst fest, so ist für diese Nutzung Absatz 1 anwendbar.

§ 30

Ermittlung des Nutzungsmaßes bei Grundstücken, für die keine Bebauungsplanfestsetzungen im Sinne der §§ 26 bis 29 bestehen

- (1) In unbeplanten Gebieten und bei Grundstücken, für die ein Bebauungsplan keine den §§ 26 bis 29 entsprechenden Festsetzungen enthält, ist bei bebauten und unbebauten, aber bebaubaren Grundstücken (§ 34 BauGB) die Zahl der zulässigen Geschosse maßgebend. Ist im Einzelfall eine größere Geschosshöhe vorhanden, so ist diese zugrunde zulegen.
- (2) Bei Grundstücken, die nach § 21 Abs. 2 beitragspflichtig sind (z. B. im Außenbereich gemäß § 35 BauGB), ist bei bebauten Grundstücken die Zahl der tatsächlich vorhandenen Geschosse maßgebend. Bei unbebauten Grundstücken, für die ein Bauvorhaben genehmigt ist, gilt die Zahl der genehmigten Geschosse. Bei unbebauten Grundstücken und bei Grundstücken mit nur untergeordneter Bebauung gilt ein Nutzungsfaktor von 1,0.
- (3) Als Geschosse nach den Absätzen 1 und 2 gelten Vollgeschosse im Sinne von § 25 Abs. 1. Bei Grundstücken nach Absatz 2 mit Gebäuden ohne ein Vollgeschoss bzw. mit Gebäuden mit nur einem Vollgeschoss und mindestens zwei weiteren Geschossen, die nicht Vollgeschosse im Sinne des § 25 Abs. 1 sind, ergibt sich die Geschosshöhe aus der tatsächlich vorhandenen Baumasse des Bauwerks geteilt durch die überbaute Grundstücksfläche und nochmals geteilt durch 3,5. Überschreiten Geschosse, die nicht als Wohn- oder Büroräume genutzt werden, die Höhe von 3,5 m, so gilt als Geschosshöhe die Baumasse des Bauwerks geteilt durch die überbaute Grundstücksfläche und nochmals geteilt durch 3,5. Bruchzahlen werden auf die nächstfolgende volle Zahl aufgerundet.
- (4) Tatsächlich hergestellte oder genehmigte unter- oder oberirdische Parkdecks gelten jeweils als ein Geschoss, auch wenn sie die Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 1 nicht erfüllen.
- (5) Für die in § 29 Abs. 2 bis 4 genannten Anlagen, die in Bereichen der Absätze 1 und 2 liegen, sind § 29 Abs. 2 bis 4 entsprechend anzuwenden.

§ 31

Erneute Beitragspflicht

- (1) Grundstücke, für die bereits ein Beitrag nach § 21 entstanden ist, unterliegen einer erneuten Beitragspflicht, wenn
 1. sich die Fläche des Grundstücks vergrößert (z. B. durch Zukauf) und für die zugehende Fläche noch keine Beitragspflicht entstanden war,
 2. sich die Fläche des Grundstücks vergrößert und für die zugehende Fläche eine Beitragspflicht zwar schon entstanden war, sich jedoch die zulässige bauliche Nutzung der zugehenden Fläche durch die Zuschreibung erhöht,
 3. sich die Verhältnisse, die der Abgrenzung gemäß § 24 Abs. 1 zugrunde lagen, geändert haben,
 4. allgemein oder im Einzelfall ein höheres Maß der baulichen Nutzung (§ 25) zugelassen wird oder
 5. ein Fall des § 26 Abs. 2 oder ein Fall, auf den diese Bestimmung kraft Verweisung anzuwenden ist, nachträglich eintritt.
- (2) Der erneute Beitrag bemisst sich nach den Grundsätzen des § 25. In den Fällen des Absatzes 1 Nummern 2, 4 und 5 bemisst sich der erneute Beitrag nach der Differenz zwischen den der bisherigen Situation und der neuen Situation entsprechenden Nutzungs- oder Grundflächenfaktoren; wenn durch die Änderung der Verhältnisse der jeweilige Rahmen des § 25 Abs. 2 nicht überschritten wird, entsteht keine erneute Beitragspflicht. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des 4. Teils dieser Satzung entsprechend.

§ 32

Zusätzlicher Abwasserbeitrag von Großverbrauchern

Für Grundstücke, die die Einrichtung nachhaltig nicht nur unerheblich über das normale Maß hinaus in Anspruch nehmen, kann der AZV durch besondere Satzungsregelung zusätzliche Beiträge gemäß § 20 SächsKAG erheben.

§ 33

Beitragssatz

Der Teilbeitrag für die Schmutzwasserentsorgung beträgt **2,25 € je m²** Nutzungsfläche.

§ 34

Entstehung der Beitragsschuld

- (1) Die Beitragsschuld entsteht für die Schmutzwasserentsorgung:
 1. in den Fällen des § 21 Abs. 3 mit dem In-Kraft-Treten dieser Satzung,
 2. in den Fällen des § 21 Abs. 1, sobald das Grundstück an die Schmutzwasserentsorgung angeschlossen werden kann,
 3. in den Fällen des § 21 Abs. 2 mit der Genehmigung des Anschlussantrages,
 4. in den Fällen des § 21 Abs. 4 mit dem In-Kraft-Treten der Satzung (Satzungsänderung) über die Erhebung eines weiteren Beitrags,
 5. in den Fällen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 mit der Eintragung der Änderung im Grundbuch,
 6. in den Fällen des § 31 Abs. 1 Nrn. 3, 4 und 5 mit dem Wirksamwerden der Rechtsänderungen oder, soweit die Änderungen durch Baumaßnahmen eintreten, mit deren Genehmigung; soweit keine Genehmigung erforderlich ist, ist der Zeitpunkt maßgebend, zu dem der AZV Kenntnis von der Änderung erlangt hat.
- (2) Absatz 1 gilt auch für mittelbare Anschlüsse (§ 13 Abs. 2).

§ 35

Fälligkeit der Beitragsschuld

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabenbescheids fällig.

§ 36

Entstehung und Fälligkeit von Vorauszahlungen

-entfällt-

§ 37

Ablösung des Beitrags

- (1) Die erstmaligen Teilbeiträge für die Schmutzwasserentsorgung im Sinne von §§ 20 Abs. 1 und 21 Abs. 1 bis 3 können vor Entstehung der Beitragsschuld abgelöst werden. Der Betrag der Ablösung bestimmt sich nach der Höhe des voraussichtlich entstehenden Beitrags.
- (2) Die Ablösung wird im Einzelfall zwischen dem AZV und dem Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten, dem Wohnungseigentümer oder dem sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigten vereinbart.
- (3) Weitere, erneute und zusätzliche Beitragspflichten (§ 21 Abs. 5, §§ 31 und 32) bleiben durch Vereinbarungen über Ablösungen der erstmaligen Teilbeiträge unberührt.
- (4) Weitere, erneute und zusätzliche Beiträge können nicht abgelöst werden.

§ 38

Anrechnung von Erschließungsleistungen auf den Abwasserbeitrag

Der von Dritten gemäß § 25 Abs. 2 SächsKAG übernommene Erschließungsaufwand wird im nachgewiesenen beitragsfähigen Umfang auf die Beitragsschuld der erschlossenen Grundstücke angerechnet.

5. Teil - Abwassergebühren

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 39

Erhebungsgrundsatz

Der AZV erhebt für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen Abwassergebühren. Sie werden erhoben für die Teilleistungen Schmutzwasserentsorgung, Niederschlagswasserentsorgung, Entsorgung von Abwasser aus abflusslosen Gruben und aus Kleinkläranlagen sowie für Abwasser, das in öffentliche Abwasseranlagen gelangt, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind und für sonstiges Abwasser. Für die Gebührenerhebung ist es ohne Belang, ob das Abwasser unmittelbar oder mittelbar in die öffentlichen Abwasseranlagen geleitet wird.

§ 40

Gebührensschuldner

- (1) Schuldner der Abwassergebühren ist der Eigentümer des Grundstücks, auf dem das Abwasser oder sonstige Wasser anfällt, das in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt. Schuldner der Gebühren für die

Überwachung der Eigenkontrolle und Wartung der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben ist der Eigentümer des Grundstücks, auf dem sich die Anlage befindet. Gebührenschuldner bei Grundstücken mit gemeinschaftlichem Eigentum aufgrund WEG ist die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer. Erfolgt eine Einleitung ohne konkreten Grundstücksbezug, ist der Einleiter Gebührenschuldner. Der Erbbauberechtigte oder der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Grundstückseigentümers Gebührenschuldner.

- (2) Gebührenschuldner für die Abwassergebühr nach § 46 Abs. 2 ist derjenige, der das Abwasser anliefert.
- (3) Mehrere Gebührenschuldner für dasselbe Grundstück sind Gesamtschuldner.

2. Abschnitt: Schmutzwasserentsorgung

§ 41

Gebührenmaßstab für die Schmutzwasserentsorgung

- (1) Die Abwassergebühr für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung wird nach der Schmutzwassermenge bemessen, die auf dem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstücke anfällt (§ 42 Abs. 1).
- (2) Bei Einleitungen nach § 7 Abs. 4 und 8 bemisst sich die Abwassergebühr nach der eingeleiteten Wassermenge.

§ 42

Abwassermenge bei der Schmutzwasserentsorgung

- (1) In dem jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 50 Abs. 2) gilt im Sinne von § 41 Abs. 1 als angefallene Abwassermenge
 1. bei öffentlicher Wasserversorgung, der der Entgeltberechnung zugrunde gelegte Wasserverbrauch,
 2. bei nichtöffentlicher Trink- und Brauchwasserversorgung die dieser entnommenen Wassermenge und
 3. dass auf Grundstücken anfallende Niederschlagswasser, soweit es als Brauchwasser im Haushalt oder Betrieb genutzt und in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet wird und
 4. dass auf Grundstücken anfallende und nicht in Nrn. 1 bis 3 erfasste sonstige Wasser, welches nachweislich in öffentliche Abwasseranlagen gelangt.
- (2) Der Gebührenschuldner soll bei Einleitungen nach § 7 Abs. 4 und 8 sowie nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 geeignete und geeichte Messeinrichtungen, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen und unter Plombenverschluss stehen müssen, auf seine Kosten anzubringen, zu erneuern und zu unterhalten.
- (3) Der Gebührenschuldner hat den Einbau dieser Messeinrichtungen vor der Inbetriebnahme dem Zweckverband schriftlich anzuzeigen. Der Zähler ist vor der erstmaligen Inbetriebnahme vom AZV abzunehmen und zu verplomben. Zählerwechsel sind ebenfalls anzuzeigen und können bei fortlaufender Nutzung durch einen Fachbetrieb oder dazu Befähigten vorgenommen werden. Ausbaustand des Altzählers und Daten sowie Anfangsstand des neuen Zählers sind unverzüglich zu übermitteln. Der Zweckverband behält sich eine Prüfung des ordnungsgemäßen Einbaus und der Funktionsweise der Zähleinrichtung im Einzelfall vor. Für die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten gelten die Regelungen der Verwaltungskostensatzung des AZV.
- (4) Sind Daten für eine Ermittlung oder Berechnung von Wasser- und Abwassermengen nicht vorhanden und können diese auch nicht beschafft oder ermittelt werden, ist der AZV zur Schätzung berechtigt; § 162 Abgabenordnung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61) in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.
- (5) Die temporäre Einleitung erheblicher Wasser- oder Abwassermengen, z.B. bei Baumaßnahmen oder aufgrund der Entleerung eines Pools oder eines sonstigen Wasserspeichers oder einer Rückhalteanlage („Schwallentleerung“), bedarf der vorherigen schriftlichen Anzeige durch den Grundstückseigentümer oder sonst Nutzungsberechtigten sowie der vorherigen ausdrücklichen Zustimmung des AZV; eine erhebliche Wasser- oder Abwassermenge liegt vor, wenn die temporär eingeleitete Menge insgesamt mehr als zwei Kubikmeter pro Tag beträgt. Der AZV kann für die Einleitung auch einen Zeitpunkt vorgeben und/oder eine mengenmäßig gedrosselte Einleitung bestimmen. Bei Starkregenereignissen sowie bis zwei Tage nach solchen Ereignissen sind Schwallentleerungen generell unzulässig.

§ 43

Absetzungen bei der Schmutzwasserentsorgung

- (1) Nach § 42 ermittelte Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, werden auf Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Abwassergebühr für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung abgesetzt.

- (2) Der Nachweis von nicht eingeleiteten Abwassermengen ist durch Messung mittels eines geeichten, vom AZV abgenommenen und verplombten Wasserzähler zu erbringen. Der Zweitzähler ist nach Ablauf der gültigen Eichzeit unaufgefordert auszutauschen und erneut abnehmen zu lassen.
- (3) Die Zählerstände der Zweitzähler sind bis zum 15.01. des auf den Veranlagungszeitraums folgenden Kalenderjahres dem AZV zu melden.
Es muss gewährleistet sein, dass über diesen Wasserzähler nur Wasser entnommen wird, dessen Einleitung in das Abwassersystem des AZV vollständig ausgeschlossen ist.
- (4) ¹Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben oder privater Tierhaltung die abzusetzende Wassermenge nicht durch Messungen nach Absatz 2 festgestellt, werden die nicht eingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. ²Dabei gilt als nicht eingeleitete Wassermenge im Sinne von Absatz 1:
1. je Vieheinheit bei Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen 15 Kubikmeter/Jahr und
2. je Vieheinheit Geflügel 5 Kubikmeter/Jahr.
³Der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Vieheinheiten gemäß § 51 des Bewertungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung ist entsprechend anzuwenden. ⁴Für den Viehbestand ist der Stichtag maßgebend, nach dem sich die Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das laufende Jahr richtet. ⁵Diese pauschal ermittelte, nicht eingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge im Sinne von § 42 abgesetzt. ⁶Die danach verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen einwohnermelderechtlich erfasste Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraums nicht nur vorübergehend aufgehalten hat, mindestens 30 Kubikmeter/Jahr betragen. ⁷Wird dieser Wert nicht erreicht, ist die Absetzung entsprechend zu verringern.
- (5) Anträge auf Absetzung nicht eingeleiteter Wassermengen nach Abs. 4 sollten spätestens bis zum 15.01. des auf den Veranlagungszeitraums folgende Kalenderjahr gestellt werden.

3. Abschnitt: Niederschlagswasserentsorgung

§ 44

Gebührenmaßstab für die Niederschlagswasserentsorgung

- (1) Die Abwassergebühr für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung wird nach dem Niederschlagswasseranteil erhoben, der auf dem an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Grundstück anfällt und in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wird.
- (2) Maßstab für die Abwassergebühr für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung ist die versiegelte Grundstücksfläche. Versiegelte Grundstücksflächen sind:
1. die gesamten Grundflächen von Gebäuden oder baulichen Anlagen einschließlich der Dachüberstände,
 2. die Flächen der überdachten Terrassen, Freisitze o. ä.,
 3. die Flächen, die mit einem wasserundurchlässigen oder teilweise wasserundurchlässigen Belag oder einer Überdachung versehen sind,
 4. die sonstigen regelmäßig entwässerten Flächen, soweit von diesen Flächen Niederschlagswasser unmittelbar oder mittelbar in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt.

§ 45

Ermittlung der versiegelten Grundstücksfläche

- (1) Die zu veranlagende Fläche ermittelt sich aus der Summe der versiegelten Teilflächen, multipliziert mit dem jeweils festgelegten Abflussfaktor entsprechend der Versiegelungsart. Berücksichtigt werden dabei nur die Flächen bzw. Flächenanteile, von denen Niederschlagswasser in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangt.
- (2) Als Abflussfaktoren gemäß der Versiegelungsart gelten für:
- | | |
|---|------|
| - Dachflächen (mit Dachüberständen) | 1,0 |
| - begrünte Dachflächen / Kiesdächer | 0,5 |
| - Beton- oder Asphaltflächen, andere Flächenversiegelungen mit Fugendichtung,
Pflaster mit Fugenverguss | 1,0 |
| - Pflaster / Plattenflächen/ Verbundsteine in Sand oder ähnlichem Material verlegt | 0,7 |
| - sandgeschlämmte Schotterdecke (wassergebundene Decken) | 0,5 |
| - Flächen, die an Anlagen zur Regenwassernutzung, die ganzjährig betrieben werden, oder an Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser angeschlossen sind und die einen Überlauf in die öffentlichen Abwasseranlagen haben | 0,1. |

- (3) Der AZV kann abweichende Abflussfaktoren auf Antrag zu Grunde legen. Den entsprechenden Nachweis hat der Grundstückseigentümer durch ein Gutachten zu erbringen.
- (4) Der Grundstückseigentümer bzw. der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist verpflichtet, die Ermittlung der zu veranlagenden Fläche zu ermöglichen und bei der Feststellung mitzuwirken. Er hat dem AZV über die Entwässerungsverhältnisse des Grundstückes und über die befestigten, an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen Flächen sowie deren Versiegelungsart Auskunft zu erteilen. Die durch den AZV übergebenen Formulare bzw. Fragebögen sind wahrheitsgetreu auszufüllen.
- (5) Kommt der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte trotz nochmaliger Aufforderung seiner Mitwirkungspflicht nicht nach, ist der AZV berechtigt, die Angaben nach vorliegenden Daten zu schätzen. Für das Zutrittsrecht gilt § 18 Abs. 2 entsprechend.
- (6) Veränderungen der für die Erhebung der Niederschlagswassergebühr maßgebenden Verhältnisse sind innerhalb von 4 Wochen dem AZV anzuzeigen. Bei verspäteter oder unterlassener Anzeige erfolgt eine rückwirkende Erhebung.
- (7) Ist im Einzelfall die tatsächlich versiegelte Grundstücksfläche kleiner als die nach den Absätzen 1 und 2 ermittelte, so ist die tatsächlich versiegelte Fläche ab dem Tag der Anzeige und des glaubhaften Nachweises durch den Gebührenschuldner beim AZV, der Gebührenbemessung zugrunde zu legen. Ist im Einzelfall die tatsächlich versiegelte Fläche größer als die nach den Absätzen 1 und 2 ermittelte, so ist diese der Gebührenbemessung zugrunde zu legen.

4. Abschnitt: Dezentrale Entsorgung

§ 46

Gebührenmaßstab für dezentrale Anlagen

- (1) Für Abwasser, das aus abflusslosen Gruben oder Kleinkläranlagen durch den AZV entnommen wird (§ 1 Abs. 2), bemisst sich die Abwassergebühr nach der Menge des entnommenen Abwassers. Im jeweiligen Veranlagungszeitraum gilt im Sinne von Satz 1 als Abwassermenge die Menge des aus abflusslosen Gruben oder Kleinkläranlagen entnommenen Abwassers lt. Messeinrichtung des Abfuhrfahrzeuges in Kubikmeter.
- (2) Wird Abwasser (außer Abwasser nach Abs. 1) zu einer öffentlichen Abwasserbehandlungsanlage gebracht, bemisst sich die Abwassergebühr nach der Menge des angelieferten Abwassers.
- (3) Für Schmutzwasser, das in öffentliche Abwasseranlagen eingeleitet wird, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, bemisst sich die Abwassergebühr nach der entsprechend §§ 42 und 43 ermittelten Abwassermenge. Dies gilt auch für Überläufe von Kleinkläranlagen, die in einen öffentlichen Kanal ohne Anbindung an die zentrale Kläranlage entwässern.

5. Abschnitt: Abwassergebühren

§ 47

Höhe der Abwassergebühren

- (1) Für die Teilleistung Schmutzwasserentsorgung gemäß § 41 für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird beträgt die Gebühr **3,33 €** je Kubikmeter Abwasser.
- (2) Für die Teilleistung Niederschlagswasserentsorgung gemäß § 44 für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet wird beträgt die Gebühr **0,64 €** je Quadratmeter versiegelter Grundstücksfläche im Jahr. Änderungen bezüglich der versiegelten Grundstücksfläche werden ab dem 1. Folgemonat nach Eintritt der Veränderung berücksichtigt.
- (3) Für die Teilleistung Entnahme und Entsorgung des Inhaltes von abflusslosen Gruben gemäß § 46 Abs. 1 beträgt die Gebühr **21,78 €** je Kubikmeter Abwasser.
- (4) Für die Teilleistung Entnahme und Entsorgung des Fäkalschlammes aus Kleinkläranlagen gemäß § 46 Abs. 1 beträgt die Gebühr **72,99 €** je Kubikmeter Abwasser.
- (5) Für die Teilleistung der Einleitung von Abwasser (Überläufe aus Kleinkläranlagen) in öffentliche Abwasseranlagen, die gemäß § 46 Abs. 3, S. 1 nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr **2,56 €** je Kubikmeter Abwasser.

- (6) Neben den Abwassergebühren wird für die Teilleistungen nach den Absätzen 1 und 5 eine Grundgebühr erhoben. Die Grundgebühr beträgt:
27,60 € pro Person und Jahr.
Für die Ermittlung der Grundgebühr maßgebend sind die Personen, die mit Hauptwohnsitz auf dem jeweiligen Grundstück beim Einwohnermeldeamt gemeldet sind. Änderungen bezüglich der Grundgebühr werden ab dem 1. Folgemonat nach Eintritt der Veränderung berücksichtigt.
- (7) Der AZV kann die Grundgebühr auf schriftlichen und begründeten Antrag ganz oder zum Teil erlassen, wenn deren Erhebung nach Lage des Einzelfalls unbillig wäre.
- (8) Für Schlauchlängen über 25 m für die Teilleistungen nach den Absätzen (3) und (4) beträgt die Gebühr **1,19 €** je Meter Mehrlänge.

6. Abschnitt: Starkverschmutzer

§ 48

Starkverschmutzerzuschläge

Starkverschmutzerzuschläge werden nicht erhoben.

§ 49

Verschmutzungswerte

Verschmutzungswerte werden nicht festgesetzt.

7. Abschnitt: Gebührenschuld

§ 50

Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld, Veranlagungszeitraum

- (1) Die Pflicht, Gebühren zu entrichten, entsteht jeweils zu Beginn des Kalenderjahres, frühestens jedoch mit der Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlagen oder dem Beginn der tatsächlichen Nutzung.
- (2) Die Gebührenschuld entsteht
 1. in den Fällen des § 47 Abs. 1,2,5 und 6 jeweils zum Ende eines Kalenderjahres für das jeweilige Kalenderjahr (Veranlagungszeitraum),
 2. in den Fällen des § 47 Abs. 3 und 4 mit der Erbringung der Leistung.
- (3) Die Abwassergebühren sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids zur Zahlung fällig.
- (4) Bei Änderungen in der Person des Gebührenschuldners im Laufe des Veranlagungszeitraumes (Absatz 2) ist der AZV auf Antrag der Gebührenschuldner berechtigt, die Abwassergebühren stichtagsbezogen festzusetzen, wobei für kalenderjährliche Gebühren für jeden angefangenen Monat, für den die Gebührenpflicht besteht, ein Zwölftel der Jahresgebühr berechnet wird.

§ 51

Vorauszahlungen

Jeweils zum 15. Februar, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember eines jeden Jahres sind Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Gebührenschuld nach § 50 Abs. 2 Nr. 1 zu leisten. Die erste Vorauszahlung (zum 15. Februar) wird frühestens fällig mit dem Erhalt des Gebührenbescheides für das vorangegangene Kalenderjahr, mit dem auch die Vorauszahlungen festgesetzt werden. Den Vorauszahlungen nach Satz 1 ist jeweils ein Viertel der Gebühr des Vorjahres zugrunde zu legen. Fehlt eine Vorjahresabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt. Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen.

6. Teil - Anzeigepflicht, Anordnungsbefugnis, Haftung, Ordnungswidrigkeiten

§ 52

Anzeigepflichten

- (1) Binnen eines Monats haben der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte und der sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte dem AZV schriftlich anzuzeigen:
 1. den Erwerb oder die Veräußerung sowie jedwede Änderung der Eigentumsverhältnisse und sonstigen dinglichen Nutzungsverhältnisse eines an die öffentlichen Abwasseranlagen angeschlossenen oder anschließbaren Grundstücks. Die Anzeigepflicht obliegt dem bisherigen und dem neuen Eigentümer bzw. dinglich Berechtigten,
 2. die bei In-Kraft-Treten dieser Satzung vorhandenen abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen mit Typ, Baujahr und Größe des Faul- bzw. Sammelraumes, soweit dies noch nicht geschehen ist,

3. Vergrößerungen oder Verkleinerungen der versiegelten Grundstücksflächen oder Änderungen in Art oder Umfang der Versiegelung, soweit das Grundstück niederschlagswasserentsorgt wird,
 4. die versiegelte Grundstücksfläche, sobald der AZV den Grundstückseigentümer dazu auffordert,
 5. Änderungen des Anschlusses oder der Benutzung der öffentlichen Abwasseranlagen,
 6. die Änderung der Postanschrift des Gebührenschuldners,
 7. die Umbindung eines bisher an eine Kleinkläranlage, Gruppenkleinkläranlage oder abflusslose Grube angeschlossenen Grundstücks an die öffentlichen Abwasseranlagen des AZV,
 8. die Erweiterung oder Änderung der Nutzung des Grundstücks oder der Grundstücksentwässerungsanlagen, soweit sich dadurch die Bemessung oder Erhebung der Gebühren ändert oder ändern kann.
- (2) Bis zum 15.01. des auf den Veranlagungszeitraums folgenden Kalenderjahres hat der Gebührenpflichtige dem AZV anzuzeigen:
1. die Menge des Wasserverbrauchs aus einer nichtöffentlichen Wasserversorgungsanlage (§ 42 Abs. 1 Nr. 2),
 2. die Menge des Wasserverbrauchs zur Absetzung nach § 43 Abs. 3,
 3. die Menge der Einleitungen aufgrund besonderer Genehmigungen (§ 7 Abs. 4),
 4. dass auf dem Grundstück gesammelte und als Brauchwasser verwendete Niederschlagswasser (§ 42 Abs. 1 Nr. 3).
- (3) Unverzüglich haben der Grundstückseigentümer und die sonst zur Nutzung eines Grundstücks oder einer Wohnung berechtigten Personen dem AZV mitzuteilen:
1. Änderungen der Beschaffenheit, der Menge und des zeitlichen Anfalls des Abwassers,
 2. wenn gefährliche oder schädliche Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen gelangen oder damit zu rechnen ist,
 3. den sofortigen Entleerungsbedarf von abflusslosen Gruben und Kleinkläranlagen,
 4. den Einbau von Messeinrichtungen,
 5. die beabsichtigte temporäre Entleerung in eine öffentliche Abwasseranlage gemäß § 42 Abs. 4.
- (4) Wird eine Grundstücksentwässerungsanlage, auch nur vorübergehend außer Betrieb gesetzt, hat der Grundstückseigentümer diese Absicht so frühzeitig mitzuteilen, dass der Anschlusskanal rechtzeitig verschlossen oder ggf. rückgebaut werden kann.
- (5) Der Gebührenschuldner hat dem AZV auf Verlangen jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung von Gebühren erforderlich ist. Der AZV ist zur Fristsetzung berechtigt.

§ 53

Haftung des AZV

- (1) Werden die öffentlichen Abwasseranlagen durch Betriebsstörungen, die der AZV nicht zu vertreten hat, vorübergehend ganz oder teilweise außer Betrieb gesetzt oder treten Mängel oder Schäden auf, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen, wie Hochwasser, Starkregen oder Schneeschmelze oder durch Hemmungen im Abwasserablauf verursacht sind, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz. Ein Anspruch auf Ermäßigung oder auf Erlass von Beiträgen oder Gebühren entsteht in keinem Fall.
- (2) Die Verpflichtung des Grundstückseigentümers zur Sicherung gegen Rückstau (§ 17) bleibt unberührt.
- (3) Im Übrigen haftet der AZV nur für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit.
- (4) Eine Haftung nach den Vorschriften des Haftpflichtgesetzes bzw. des Gesetzes über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (Umweltschadensgesetz) bleibt unberührt.

§ 54

Anordnungsbefugnis, Haftung der Benutzer

- (1) Der AZV kann nach pflichtgemäßem Ermessen die notwendigen Maßnahmen im Einzelfall anordnen, um rechtswidrige Zustände zu beseitigen, die unter Verstoß gegen Bestimmungen dieser Satzung herbeigeführt worden oder entstanden sind. Er kann insbesondere Maßnahmen anordnen, um drohende Beeinträchtigungen öffentlicher Abwasseranlagen zu verhindern und um deren Funktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Dies gilt ebenso für Maßnahmen um eingetretene Beeinträchtigungen zu minimieren und zu beenden, sowie um die Funktionsfähigkeit der Abwasseranlagen wiederherzustellen. Für die Erzwingung einer nach dieser Satzung vorgeschriebenen Handlung, Duldung oder Unterlassung gelten die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsVwVG).
- (2) Der Grundstückseigentümer und die sonstigen Benutzer haften für schuldhaft verursachte Schäden, die infolge einer unsachgemäßen oder den Bestimmungen dieser Satzung widersprechenden Benutzung oder

infolge eines mangelhaften Zustands der Grundstücksentwässerungsanlagen entstehen. Sie haben dem AZV von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden. Gehen derartige Schäden auf mehrere Grundstücksentwässerungsanlagen zurück, so haften deren Eigentümer oder Benutzer als Gesamtschuldner.

§ 55

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 124 Abs. 1 SächsGemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 Abs. 1 das Abwasser nicht dem AZV überlässt,
 2. entgegen § 6 Abs. 1 bis 3 von der Einleitung ausgeschlossene Abwässer oder Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen einleitet oder die vorgeschriebenen Grenzwerte für einleitbares Abwasser nicht einhält,
 3. entgegen § 7 Abs. 1 Abwasser ohne Behandlung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet,
 4. entgegen § 7 Abs. 3 fäkalienhaltiges Abwasser ohne ausreichende Behandlung in öffentliche Abwasseranlagen einleitet, die nicht an ein öffentliches Klärwerk angeschlossen sind,
 5. entgegen § 7 Abs. 4 und 8 sonstiges Wasser oder Abwasser, das der Beseitigungspflicht nicht unterliegt, ohne besondere Zustimmung oder Genehmigung des AZV in öffentliche Abwasseranlagen einleitet,
 6. entgegen § 12 Abs. 1 einen vorläufigen oder vorübergehenden Anschluss nicht vom AZV herstellen lässt,
 7. entgegen § 13 Abs. 1 einen Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen ohne schriftliche Genehmigung des AZV herstellt, benutzt oder ändert,
 8. die Grundstücksentwässerungsanlage nicht nach den Vorschriften des § 14 und § 15 Abs. 3 Satz 2 und 3 herstellt,
 9. die Verbindung der Grundstücksentwässerungsanlage mit der öffentlichen Abwasseranlage nicht nach § 15 Abs. 3 Satz 1 im Einvernehmen mit dem AZV herstellt,
 10. entgegen § 16 Abs. 1 die notwendige Entleerung und Reinigung der Abscheider nicht rechtzeitig vornimmt, Betriebstagebuch, Wartungs- und Entsorgungsnachweise nicht oder nicht rechtzeitig oder vollständig vorlegt,
 11. entgegen § 16 Abs. 3 Zerkleinerungsgeräte oder ähnliche Geräte an eine Grundstücksentwässerungsanlage anschließt,
 12. entgegen § 18 Abs. 1 die Grundstücksentwässerungsanlage vor Abnahme in Betrieb nimmt,
 13. dezentrale Anlage entgegen § 19 betreibt, Betriebstagebuch, Wartungs- und Entsorgungsnachweise nicht oder nicht rechtzeitig oder vollständig vorlegt,
 14. entgegen § 42 Abs. 4 eine temporäre Entleerung in Abwasseranlagen nicht der Gemeinde vorab schriftlich anzeigt oder ohne Zustimmung vornimmt,
 15. entgegen § 52 seinen Anzeigepflichten gegenüber dem AZV nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt oder
 16. unerlaubt Wasser aus öffentlicher oder nichtöffentlicher Versorgung ohne Messeinrichtung in das Abwassersystem des AZV Heidelberg einleitet.
 17. Als Ordnungswidrigkeiten gelten weitere nach § 6 SächsKAG.
 18. Als Ordnungswidrigkeiten gelten weitere nach § 6 der Kleinkläranlagenverordnung in der jeweils geltenden Fassung.
- (2) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 nach § 124 Abs. 2 SächsGemO in Verbindung mit § 17 Absätze 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro geahndet werden-
- (3) Ordnungswidrig im Sinne von § 6 Abs. 2 Nr. 2 SächsKAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig seinen Anzeigepflichten nach § 39 nicht richtig oder nicht rechtzeitig nachkommt.
- (4) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 3 können nach § 6 Abs. 3 SächsKAG mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.
- (5) Die Vorschriften des Sächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (SächsVwVG) bleiben unberührt.

7. Teil - Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 56

Unklare Rechtsverhältnisse

Bei Grundstücken, die im Grundbuch noch als Eigentum des Volkes eingetragen sind, tritt an die Stelle des Grundstückseigentümers nach den Vorschriften dieser Satzung der Verfügungsberechtigte im Sinne von § 8 Abs. 1 des Vermögenszuordnungsgesetzes (VZOG) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 57

In-Kraft-Treten

- (1) Soweit Abgabenansprüche nach dem bisherigen Satzungsrecht auf Grund des SächsKAG bereits entstanden sind, gelten anstelle dieser Satzung, die Satzungsbestimmungen, die im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld gegolten haben.
- (2) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abwassersatzung vom 08. März 2022 außer Kraft.

Langenreichenbach, den 16. April 2024

gez. Klepel
Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem AZV unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehenden Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten des Abwasserzweckverbandes Heidelberg - Kostensatzung - vom 08. März 2022

P r ä a m b e l

Auf der Grundlage von § 46 in Verbindung mit § 47 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), § 4 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870) und §§ 2 Abs. 1 Satz 1, 8a Sächsisches

Kommunalabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 09. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876), in Verbindung mit § 2 ff Abs. 1 Sächsisches Verwaltungskostengesetz (SächsVwKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in Verbindung mit dem Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnis vom 16. August 2021 (SächsGVBl. S. 898), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870), hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg in ihrer Sitzung am 15. April 2024 nachfolgende 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten des Abwasserzweckverbandes Heidelberg vom 08. März 2022 beschlossen:

Artikel 1 Änderung

Die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen in weisungsfreien Angelegenheiten des Abwasserzweckverbandes Heidelberg wird wie folgt geändert:

(1) Im § 4 Abs. 1 Satz 1 erhält die Anlage folgende Fassung:

Anlage zu § 4 der Kostensatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg vom 08. März 2022

Kostenverzeichnis

Nr.	Gegenstand	Gebühr
1.	Erteilung einer Zweitschrift	1/10 bis ½ der für die Erstschrift vorgesehenen Gebühr, mindestens 10,00 € Ist die Erstschrift gebührenfrei, beträgt die Gebühr 0,75 € je angefangene Seite, mindestens aber 10,00 €.
2.	Mahnung gemäß § 13 SächsVwVG	Mahngebühr gem. lfd. Nr. 1.8.1 des 10. SächsKVZ 8,00 € - 40,00 €
3.	Vollstreckungsankündigung	Vollstreckungsgebühr gem. lfd. Nr. 1.8.2 des 10. SächsKVZ 8,00 € - 40,00 €
4.	Pfändung nach §§ 14, 15 SächsVwVG	nach lfd. Nr. 8.3 des 10. SächsKVZ
5.	Schreibauslagen	
	<ul style="list-style-type: none"> • Abschriften und Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden) für die ersten 20 Seiten je Seite 1,50 € für jede weitere Seite je Seite 0,25 € (angefangene Seiten werden voll berechnet) • Abschriften und Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. mittels Kopiergeräts je Seite im Format DIN A 3 oder größer für die erste Seite 1,30 € für jede weitere Seite 1,00 € je Seite im Format DIN A 4 für die erste Seite 1,00 € für jede weitere Seite 0,80 € • Auszüge aus Bestandsplänen je Seite im Format DIN A 3 5,00 € je Seite im Format DIN A 4 2,50 € je Seite im pdf-Format 5,00 € je Ort im pdf-Format 20,00 € andere Dateiformate 50,00 €/Arbeitsstunde 	
6.	Genehmigungen und Stellungnahmen	
	<ul style="list-style-type: none"> • zur Befreiung vom Anschluss- und/oder Benutzungszwang 20,00 € • zur Erlaubnis oder Ausnahmebewilligung aufgrund einer Satzung 20,00 € • zum Bauantrag 20,00 € • zu Leitungsauskünften i.V. mit Schachtscheinen 20,00 € 	

7.	Abwasseranalytik durch eigenes Personal, je Probe	
		CSB 23,89 €
		ph-Wert 10,36 €
		Ammonium-N 24,01 €
		PO ₄ -P 24,71 €
		BSB5 42,42 €
8.	Abnahme und Verplomben eines Unterzählers zur Absetzung von Wassermengen aus der öffentlichen oder privaten Wasserversorgung	24,28 €
9.	Reinigung oder Reparatur von privaten Grundstücksanschlüssen oder Grundstücksentwässerungsanlagen an Grundstücksanschlüssen oder Grundstücksentwässerungsanlagen nach Auftragserteilung durch den Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung des Grundstücks Berechtigten nach § 3 Abs. 1 AbwS	je Mitarbeiter und je angefangene halbe Stunde 18,71 €, zzgl. tatsächlicher Fahrtkosten und zzgl. Materialkosten
10.	Zuschlag für Tätigkeiten außerhalb der Dienststunden des Zweckverbandes	
	• Montag bis Freitag vor 7:00 und nach 15:30	25 %
	• an Samstagen, Sonn- und Feiertagen	25 %
11.	Fahrtkostenersatz pro km Straßenentfernung von der Kläranlage Langenreichenbach zum Ort der Handlung und zurück	gem. § 5 Abs. 2 BRKG in der jeweils geltenden Fassung
12.	Portoauslagen	nach den jeweils gültigen Preisen der Deutschen Post AG oder des jeweiligen Dienstleiters
13.	Verwaltungsgebühren	
	• für Auskunftersuchen	15,00 €
	• für die Bearbeitung von Rücklastschriften	den Betrag gemäß dem Preis- und Leistungsverzeichnis der betreffenden Bank
14.	Einsatz Spülfahrzeug	
	• Fahrzeugkosten/h	47,99 €
	• Personalkosten/h	54,62 €
	• Entsorgungskosten/h	9,53 €
	• Entsorgungskosten/t	nach den jeweils gültigen Preisen gemäß der Ausschreibung über die Entsorgung des Kanalspülgutes

(2) Ergänzung der Hinweise gemäß § 4 Abs. 4 SächsGemO:

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

5. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
6. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
7. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
8. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem AZV unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehenden Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Artikel 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Langenreichenbach, den 16. April 2024

gez. Klepel
Verbandsvorsitzender

Satzung

des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

über die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit

(Entschädigungssatzung)

vom 16. April 2024

Auf der Grundlage des §§ 47 Abs. 2, 17 Satz 2 und der §§ 56 Abs. 2 sowie 52 Abs. 5 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i.V.m. §§ 4 und 21 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der jeweils gültigen Fassung hat die Verbandsversammlung des AZV Heidelberg am 15. April 2024 folgende Neufassung der Satzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg über die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit in der Fassung vom 26. März 2024 beschlossen:

§ 1

Aufwandsentschädigung für den Verbandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter

- (1) Der Verbandsvorsitzende erhält für die Ausübung seines Amtes eine monatliche Aufwandsentschädigung von 120,00 EUR.
- (2) Der Stellvertreter erhält im Vertretungsfall für die Ausübung des Amtes eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 EUR, wenn die Vertretung länger als 4 Wochen dauert.
- (3) Die Aufwandsentschädigungen werden spätestens zum Ende des Folgemonats gezahlt. Eine Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt ununterbrochen länger als 4 Wochen tatsächlich nicht ausübt, für die darüber hinaus gehende Zeit.

§ 2

Entschädigungen für die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder

- (1) Die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 der Verbandsatzung (§ 52 Abs. 3 Satz 2 SächsKomZG) ggf. deren Verhinderungsvertreter, erhalten je Sitzung der Verbandsversammlung ein Sitzungsgeld in Höhe von 28,00 EUR.
- (2) Das Sitzungsgeld wird gewährt, wenn die nachgewiesene Teilnahme (Unterschrift in der Anwesenheitsliste) sich in der Regel über die gesamte Sitzung, mindestens jedoch über eine volle Stunde erstreckt. Die Sitzungsgelder werden nachträglich im Juni und Dezember des laufenden Jahres ausgezahlt.
- (3) Die Anfahrt zum Versammlungsort wird nach den Vorschriften des Sächsischen Reisekostengesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung entschädigt.

§ 3

Reisekostenvergütungen

Bei Verrichtungen im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit außerhalb des Verbandsgebietes erhalten ehrenamtlich Tätige auf Antrag Reisekostenersatz nach den Bestimmungen des Sächsischen Reisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung.

§ 4

Entschädigung für die sonstige Vertretung des Verbandes

- (1) Weitere Vertreter der Verbandsmitglieder, die den Verband im Auftrag eines Verbandsorgans nach Außen vertreten, erhalten auf Antrag eine Entschädigung nach Durchschnittssätzen.
- (2) Der Durchschnittssatz beträgt bei Inanspruchnahme
 - a) bis zu 3 Stunden 15,00 EUR / Std.,
 - b) bei mehr als 3 Stunden 12,00 EUR /Std.

(3) Für die Entschädigungen wird der tatsächliche, notwendigerweise für die Verrichtung der ehrenamtlichen Tätigkeit entstandene Zeitaufwand berechnet.

§ 5

Versicherungsschutz

Für die für den Zweckverband ehrenamtlich Tätigen besteht Versicherungsschutz nach den Vorschriften der gesetzlichen Unfallversicherung sowie nach den Bestimmungen des § 21 Abs. 3 SächsGemO.

§ 6

Steuerliche Behandlung

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Vertretern kommunaler Einrichtungen gewährt werden, ist in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit im AZV Heidelberg vom 03.07.2003, zuletzt geändert durch der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit im AZV Heidelberg vom 06. Dezember 2004, außer Kraft.

Langenreichenbach, den 16. April 2024

gez. Klepel

Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist,
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 und 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der im Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

In der Verbandsversammlung am 07.12.2023 wurde die Neufassung der Verbandssatzung in der Fassung vom 06.12.2023 beschlossen.

Die Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde der Landesdirektion Sachsen wurde mit Schreiben vom 21. Februar 2024 erteilt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt Nr. 12/2024 am 21. März 2024.

Die Satzung tritt zum 22. März 2024 in Kraft.

Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg

P r ä a m b e l

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S.62), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), i.V.m. § 61 Abs. 1 und § 26 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 07.12.2023 folgende Neufassung der Verbandssatzung in der Fassung vom 06. Dezember 2023 beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Name, Sitz, Mitglieder und Verbandsgebiet des Zweckverbandes, Geschäftsjahr

- (1) Der Verband führt den Namen Abwasserzweckverband Heidelberg und hat seinen Sitz in Mockrehna, OT Langenreichenbach.
- (2) Verbandsmitglieder sind:
 - Gemeinde Mockrehna
 - Stadt Belgern-Schildau
 - Gemeinde Thallwitz
 - Stadt Torgau
- (3) Das Verbandsgebiet umfasst für die Aufgaben nach § 2:
 - die Gemeinde Mockrehna mit allen Ortsteilen
 - die Ortsteile Kobershain, Probsthain, Schildau, Sitzenroda und Taura der Stadt Belgern-Schildau
 - die Ortsteile Böhlitz, Röcknitz und Zwochau der Gemeinde Thallwitz
 - die Ortsteile Beckwitz und Staupitz der Stadt Torgau
- (4) Das Verbandsgebiet umfasst für die Teilaufgaben nach § 2a:
 - die Ortsteile Ammelgoßwitz, Belgern, Bockwitz, Döbeltitz, Dröschkau, Kaisa, Lausa, Liebersee, Mahitzschen, Neußen, Oelzschau, Plotha, Puschwitz, Seydewitz, Staritz, Treblitzsch und Wohlau der Stadt Belgern-Schildau
- (5) Das Geschäftsjahr ist das jeweilige Kalenderjahr.

§ 2

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) 1Der Zweckverband hat die Aufgaben der Planung und Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der gesamten Abwasserbeseitigung im Zweckverbandsgebiet. 2Hierzu zählen die Errichtung der Abwasserbehandlungsanlage, der Hauptsammler einschließlich der dazu gehörenden Rückhalte- und Überlaufbecken, Pumpenanlagen, Düker sowie sonstige in diesem Zusammenhang notwendigen Einrichtungen und Anlagen. 3Dem Zweckverband obliegen ebenfalls Planung und Bau von Übergangslösungen für Teilgebiete des Verbandes, Gemeinden und Siedlungsbereiche in Abstimmung mit den zuständigen Aufsichtsbehörden.
- (2) Die vom Verband erstellten bzw. übernommenen Anlagen stehen in seinem Eigentum und in seiner Unterhaltung.
- (3) Der Ausbau und die Unterhaltung der Ortsentwässerungsanlagen ist ebenfalls Aufgabe des Verbandes, dieser tritt die Rechtsnachfolge für die Refinanzierung bestehender Verträge an.

- (4) 1Den Anlagen des Verbandes darf nur solches Abwasser zugeführt werden, das der Reinigungskraft der Anlagen entspricht. Es besteht allgemein Anschluss- und Benutzungszwang. 2Näheres wird in einer Abwassersatzung geregelt.
- (5) Der Umgang mit dem Klärschlamm sowie dessen Beseitigung erfolgt auf der Grundlage der jeweils aktuell geltenden gesetzlichen Vorschriften.
- (6) 1Der Verband sichert die Finanzierung und Refinanzierung der vorhandenen und noch zu realisierenden Investitionen. 2Dazu ist der Verband berechtigt und verpflichtet, auf der Grundlage einer Global-berechnung und Kalkulation Anschlussbeiträge und Gebühren zu erheben.
- (7) 1Der Verband erfüllt seine Aufgabe ohne Gewinnabsicht. 2Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechtes und der kommunalen Aufgabenwahrnehmung im öffentlichen Interesse.
- (8) Der Verband ist gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 Sächs. Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) an Stelle von Einleitern, die im Jahresdurchschnitt weniger als acht Kubikmeter pro Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser in Oberflächengewässer einleiten mit Inkrafttreten der Neufassung der Verbandssatzung abgabenpflichtig.
- (9) Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Verband Dritter bedienen.

§ 2a

Teilaufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband hat die Aufgabe der Unterhaltung (Kontrolle, Spülung und Reinigung) der Kanäle und Pumpstationen in den in § 1 Abs. 4 aufgeführten Ortsteilen der Stadt Belgern-Schildau. Insoweit verbleibt das Recht, Abgaben und für die Benutzung einer Einrichtung Entgelte zu erheben, bei der Stadt Belgern-Schildau.
- (2) Der Zweckverband stellt der Stadt Belgern-Schildau seinen Aufwand für die Erfüllung der Aufgabe nach § 2a Abs. 1 Satz 1 auf der Grundlage einer Kostenkalkulation in Rechnung.

II. Satzungsrecht, Verfassung, Vertretung und Verwaltung des Zweckverbandes

§ 3

Satzungsrecht

- (1) Das Recht, die zur Erfüllung der in § 2 genannten Aufgaben erforderlichen Satzungen für das gesamte Verbandsgebiet gemäß § 1 Abs. 3 zu erlassen, geht auf den Abwasserzweckverband über.
- (2) Änderungen der Verbandssatzung bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung und der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.
- (3) Der Erlass, die Änderung und die Aufhebung sonstiger Satzungen werden von der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmen beschlossen.

§ 4

Organe des Zweckverbandes

Organe des Zweckverbandes sind:

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Verbandsvorsitzender.

§ 5

Verbandsversammlung und Stimmenverteilung

- (1) 1Die Verbandsmitglieder werden in der Verbandsversammlung nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG vertreten durch den Bürgermeister oder einen auf dessen Vorschlag vom Gemeinderat gewählten anderen leitenden Bediensteten und entsenden gemäß § 52 Abs 3 Satz 2 SächsKomZG weitere Vertreter. 2Die weiteren Vertreter werden vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. 3In Anlehnung an § 16 Abs. 3 SächsKomZG haben die Verbandsmitglieder auf der Grundlage ihrer am 30.06.2023 im

Verbandsgebiet gemäß § 1 Abs. 3 anrechenbaren Einwohnerzahl folgende Anzahl Vertreter in der
Verbandsversammlung:

Stadt Belgern-Schildau	Bürgermeister oder anderer leitender Bediensteter und 4 weitere Vertreter
Gemeinde Mockrehna	Bürgermeister oder anderer leitender Bediensteter und 5 weitere Vertreter
Gemeinde Thallwitz	Bürgermeister oder anderer leitender Bediensteter und 2 weitere Vertreter
Stadt Torgau	Bürgermeister oder anderer leitender Bediensteter und 1 weiterer Vertreter.

- (2) ¹Die nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter der Verbandsmitglieder werden in entsprechender Anwendung der Vorgaben der SächsGemO im Falle ihrer Verhinderung vertreten. ²Wird ein Verbandsmitglied gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG durch einen gewählten anderen leitenden Bediensteten vertreten, kann der Gemeinderat des Verbandsmitgliedes für den Fall der Verhinderung zugleich einen oder mehrere Verhinderungsvertreter wählen.
- (3) Die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder werden im Falle ihrer Verhinderung von ihren gemäß § 16 Abs. 4 SächsKomZG aus der Mitte der Gemeinderäte zu wählenden Stellvertretern vertreten.
- (4) Die Mitgliedsgemeinden können ihren Vertretern in der Verbandsversammlung Weisungen erteilen.
- (5) ¹Die Vertreter der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. ²Für ihre Rechtsverhältnisse gelten die für Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften entsprechend.
- (6) ¹Jedes Verbandsmitglied hat so viele Stimmen wie Vertreter in der Verbandsversammlung. ²Ein Verbandsmitglied darf nicht mehr als zwei Fünftel der satzungsmäßigen Stimmen haben.
- (7) Sämtliche Stimmen eines Verbandsmitgliedes werden nur einheitlich durch dessen Vertreter nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG mit voller Stimmenzahl abgegeben.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) ¹Die Verbandsversammlung legt die Grundsätze für die Verwaltung des Verbandes fest. Sie überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse und die Verbandsverwaltung. ²Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit diese nicht kraft Gesetzes oder durch Übertragung in die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden fallen.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt über:
 - den Erlass von Satzungen
 - die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters
 - die Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten ab Entgeltgruppe 10 im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden
 - den Erlass der Haushaltssatzung, den Stellenplan und die Nachtragssatzungen
 - die Feststellung des Jahresabschlusses
 - den Investitionsplan
 - den Erlass der Geschäftsordnung
 - die Festsetzung der Abwassergebühren
 - den Beitritt zu anderen Verbänden
 - alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Verband von grundsätzlicher Bedeutung oder von besonderer Wichtigkeit sind
 - die Verteilung des Verbandsvermögens bei Auflösung des Verbandes.
- (3) Der Verbandsversammlung stehen folgende Befugnisse im Rahmen der Haushaltsführung zu:

Vergabe von Bauleistungen nach VOB im Rahmen des HH-Planes	> 500 T€
Vergabe von Bauleistungen nach VOB außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	> 50 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen im Rahmen des HH-Planes	> 100 T€

Verfügung über das Verbandsvermögen, das den Rahmen des HH-Planes übersteigt (überplanmäßige Ausgaben)	> 50 T€
Bestätigung von Nachträgen bei Bauleistungen nach VOB oder sonstiger Leistungen nach VOL	> 10 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	> 50 T€
Bildung von Haushaltsresten (HHR) mit dem Übertrag ins Folgejahr	>500 T€
Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	> 50 T€
Stundung von Forderungen bis 2 Jahre	> 25 T€
Stundung v. Forderungen über 2 Jahre-10 Jahre	> 25 T€
Stundung von Forderungen länger als 10 Jahre	> 5,0 T€
Niederschlagung von Forderungen (Ruhe bis 30 Jahre)	> 10 T€
Erlas von Forderungen	> 2,0 T€
Führung von Rechtsstreitigkeiten einschl. Abschluss von Vergleichen bis zu einem Streitwert von	> 50 T€

§ 7

Geschäftsgang der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist nach Bedarf, jährlich jedoch mindestens einmal, schriftlich oder in elektronischer Form vom Verbandsvorsitzenden einzuberufen.
- (2) ¹Die Sitzungen der Verbandsversammlungen sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern. ²Die Verbandsversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Fünftel der Vertreter in der Verbandsversammlung mit ihren Stimmenanteilen unter Angabe des Verhandlungsgrundes, der zum Aufgabenbereich der Verbandsversammlung gehören muss, beantragt.
- (3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vertreter in der Verbandsversammlung anwesend und stimmberechtigt ist und auf sie mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen entfallen.
- (4) ¹Wahlen werden geheim mit Stimmzettel vorgenommen, es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied widerspricht. ²Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. ³Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen Stichwahl statt, bei der die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. ⁴Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (5) ¹Die Niederschriften über die Sitzungen der Verbandsversammlung sind vom Verbandsvorsitzenden, zwei weiteren anwesenden Vertretern und dem Schriftführer zu unterzeichnen. ²Sie sind den Mitgliedern der Verbandsversammlung innerhalb von 14 Tagen nach der Sitzung zur Kenntnis zu geben.

§ 8

Verwaltungsrat

- (1) ¹Der Verwaltungsrat besteht aus den nach § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 entsandten Vertretern der Verbandsmitglieder. ²Im Verhinderungsfall gilt § 5 Abs. 2. ³Der Geschäftsführer nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil.
- (2) Der Verwaltungsrat entscheidet über alle Angelegenheiten, die einer sachlichen Entscheidung bedürfen und nicht der Verbandsversammlung vorbehalten sind oder dem Verbandsvorsitzenden zustehen.
- (3) Der Verwaltungsrat entscheidet über die Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten von Entgeltgruppe 9a bis 9c im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden.
- (4) Dem Verwaltungsrat stehen folgende Befugnisse im Rahmen der Haushaltsführung zu:

Vergabe von Bauleistungen nach VOB im Rahmen des HH-Planes	50-500 T€
--	-----------

Vergabe von Bauleistungen nach VOB außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	5,0-50 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen im Rahmen des HH-Planes	10-100 T€
Verfügung über das Verbandsvermögen, das den Rahmen des HH-Planes übersteigt (überplanmäßige Ausgaben)	5,0-50 T€
Bestätigung von Nachträgen bei Bauleistungen nach VOB oder sonstiger Leistungen nach VOL	5,0-10 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	5,0-50 T€
Bildung von Haushaltsresten (HHR) mit dem Übertrag ins Folgejahr	50-500 T€
Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	5,0-50 T€
Stundung von Forderungen bis 2 Jahre	5,0-25 T€
Stundung v. Forderungen über 2 Jahre-10 Jahre	3,0-25 T€
Stundung von Forderungen länger als 10 Jahre	bis 5,0 T€
Niederschlagung von Forderungen (Ruhe bis 30 Jahre)	0,5-10 T€
Erlass von Forderungen	0,1-2,0 T€
Führung von Rechtsstreitigkeiten einschl. Abschluss von Vergleichen bis zu einem Streitwert von	10-50 T€

§ 9

Verbandsvorsitzender

- (1) ¹Die Verbandsversammlung wählt aus der Mitte ihrer gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter den Verbandsvorsitzenden und einen Stellvertreter. ²Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden für die Dauer von fünf Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt. ³Scheidet ein Gewählter aus der Verbandsversammlung aus, so endet auch sein Amt als Verbandsvorsitzender oder Stellvertreter. ⁴Der Verbandsvorsitzende führt sein Amt bis zum Amtsantritt des neu gewählten Verbandsvorsitzenden weiter. ⁵Die Neuwahl ist unverzüglich vorzubereiten und durchzuführen.
- (2) ¹Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates. ²Er ist Leiter der Verbandsversammlung und vertritt den Verband. ³Näheres regelt die Geschäftsordnung.
- (3) ¹In Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, kann der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung entscheiden. ²Er hat der Verbandsversammlung die Gründe für die Entscheidung und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Der Verbandsvorsitzende entscheidet über die Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten bis Entgeltgruppe 8, von Aushilfen, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen.
- (5) Der Verbandsvorsitzende kann rechtsgeschäftliche Vollmacht erteilen.
- (6) Dem Verbandsvorsitzenden stehen folgende Befugnisse im Rahmen der Haushaltsführung zu:

Vergabe von Bauleistungen nach VOB im Rahmen des HH-Planes	< 50 T€
Vergabe von Bauleistungen nach VOB außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	< 5,0 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen im Rahmen des HH-Planes	< 10 T€
Verfügung über das Verbandsvermögen, das den Rahmen des HH-Planes übersteigt (überplanmäßige Ausgaben)	< 5,0 T€
Bestätigung von Nachträgen bei Bauleistungen nach VOB oder sonstiger Leistungen nach VOL	< 5,0 T€
Vergabe sonstiger Leistungen nach VOL und Verfügung über das Verbandsvermögen außerhalb des HH-Planes (außerplanmäßige Ausgaben)	< 5,0 T€
Bildung von Haushaltsresten (HHR) mit dem Übertrag ins Folgejahr	< 50 T€
Erwerb, Veräußerung, Tausch und dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	< 5,0 T€
Stundung von Forderungen bis 2 Jahre	< 5,0 T€
Stundung v. Forderungen über 2 Jahre-10 Jahre	< 3,0 T€
Stundung von Forderungen länger als 10 Jahre	---

Niederschlagung von Forderungen (Ruhe bis 30 Jahre)	< 0,5 T€
Erlass von Forderungen	< 0,1 T€
Führung von Rechtsstreitigkeiten einschl. Abschluss von Vergleichen bis zu einem Streitwert von	< 10 T€

§ 10

Geschäftsführer

- (1) Die Verbandsversammlung bestellt nach Stellenausschreibung einen Geschäftsführer, der Bediensteter des AZV ist.
- (2) Der Verbandsvorsitzende kann dem Geschäftsführer im Rahmen der eigenen Befugnisse Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen.
- (3) Der Geschäftsführer hat den Verbandsvorsitzenden und den Verwaltungsrat über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten.
- (4) Der Geschäftsführer unterzeichnet Schriftverkehr ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses.

§ 11

Bedienstete

Der Abwasserzweckverband stellt zur Erfüllung der Verbandsaufgaben hauptamtliche Bedienstete ein.

III. Haushaltsführung und Aufwandsdeckung

§ 12

Haushaltsführung

- (1) 1Für die Haushaltsführung des Verbandes gelten die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft. 2Für die Prüfung des Jahresabschlusses ist vor der Vorlage zur Feststellung durch die Verbandsversammlung ein anderes kommunales Rechnungsprüfungsamt oder ein Rechnungsprüfer, ein anerkannter und unabhängiger Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu bestellen.
- (2) Die Vorschrift des § 59 SächsKomZG bleibt hiervon unberührt.

§ 13

Deckung des Finanzbedarfs

- (1) Der Zweckverband kann, soweit seine sonstigen Einnahmen, insbesondere aus Gebühren und Beiträgen, zur Deckung seines Finanzbedarfs nicht ausreichen, von den Verbandsmitgliedern Umlagen erheben.
- (2) Die Umlagen werden in den jährlichen Haushalt eingestellt und ihre Höhe durch die Verbandsversammlung mit der Haushaltssatzung beschlossen; sie sollten getrennt für den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt festgesetzt werden.
- (3) 1Für die Wartung und Unterhaltung der Regenwasserkanäle in den kommunalen Straßen wird durch den Abwasserzweckverband eine Betriebskostenumlage von den Verbandsmitgliedern erhoben. 2Als Berechnungsgrundlage werden 10 v. H. der jährlichen Betriebskosten des Verbandes in Ansatz gebracht.
- (4) Für Investitionen zur Herstellung der Regenwasserkanäle und ihrer sonstigen baulichen Anlagen werden Straßenentwässerungsanteile von den Baulastträgern erhoben.
- (5) Bemessungsgrundlage bildet die tatsächliche Länge der Rohrleitungen ohne Berücksichtigung der Rohrdimensionen.

§ 14

Umlageschlüssel

- (1) Maßstab für die Bemessung der Umlagen gemäß § 13 Abs. 2 und 3 ist die Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder im Verbandsgebiet gemäß § 1 Abs. 3. Maßgebend ist die vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen zum 30. Juni des dem Haushaltjahr vorangegangenen Jahres festgestellte Einwohnerzahl.

- (2) Die Umlagen sind mit je 25 v. H. des mit der Haushaltssatzung bestimmten Betrages frühestens zum Beginn eines Vierteljahres fällig.

IV. Aufnahme und Ausscheiden von Mitgliedern, Auflösen des Zweckverbandes

§ 15

Aufnahme neuer Verbandsmitglieder

- (1) Der Beitritt weiterer Gemeinden ist grundsätzlich zulässig, wenn dies nicht der Abwasserzielplanung des Freistaates Sachsen entgegensteht und die Zustimmung der zuständigen Wasserbehörde vorliegt.
- (2) Bei der Festsetzung der Aufnahmebedingungen ist den Vorausleistungen der bisherigen Verbandsmitglieder Rechnung zu tragen.

§ 16

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- (1) ¹Über das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern entscheidet die Verbandsversammlung. ²Der Beschluss bedarf der Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung. ³Der Beschluss setzt voraus, dass das Verbandsmitglied sich schriftlich äußert.
- (2) Das ausscheidende Verbandsmitglied haftet anteilig für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes.
- (3) ¹Das ausscheidende Verbandsmitglied kann nur am Ende eines Haushaltsjahres aus dem Zweckverband austreten und hat keinen Rechtsanspruch an eine Beteiligung am Verbandsvermögen. ²Die Verbandsversammlung kann jedoch beschließen, dem ausscheidenden Verbandsmitglied eine Entschädigung zu gewähren, falls das Ausscheiden die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes nicht wesentlich beeinträchtigt.

§ 17

Auflösung des Zweckverbandes

- (1) ¹Ein Beschluss zur Auflösung des Zweckverbandes bedarf der Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung. ²Der Beschluss ist von der Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen.
- (2) Das nach Bereinigung der Verbindlichkeiten verbleibende Verbandsvermögen wird gemäß dem in § 14 Abs. 1 bestimmten Umlageschlüssel an die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören oder längstens 1 Jahr vorher ausgeschieden sind. Gleiches gilt für die Übernahme etwaiger bleibender Verbindlichkeiten des Verbandes.

V. Sonstiges

§ 18

Formen der öffentlichen Bekanntmachung

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen des AZV Heidelberg erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch öffentliche Zugänglichmachung der elektronischen Ausgabe des Amtsblattes des AZV Heidelberg unter <https://www.azv-heidelberg.de> bzw. https://www.azv-heidelberg.de/?page_id=41.
- (2) Als Tag der Bekanntmachung gilt der Erscheinungstag des Amtsblattes.
- (3) Die öffentliche Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.
- (4) Genehmigungspflichtige Satzungen und Verordnungen müssen im vollen Wortlaut veröffentlicht werden. Die Genehmigung selbst muss unter Angabe der Genehmigungsbehörde und das Datum der Genehmigung bekannt gemacht werden.

§ 19

Öffentliche Bekanntgabe

1Die in öffentlicher Sitzung der Verbandsversammlung und des Verwaltungsrates gefassten Beschlüsse gelten als öffentlich bekanntgegeben. 2Nichtöffentlich gefasste Beschlüsse in den Gremien müssen in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden.

§ 20

Überleitung der Rechte und Pflichten, In - Kraft - Treten

1Die Neufassung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. 2Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg in der Fassung vom 16.März 2018 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 24/2018 vom 14. Juni 2018, S. 751), zuletzt geändert durch die 1. Satzung zur Änderung Verbandssatzung vom 06. Dezember 2021 (Sächsisches Amtsblatt Nr. 4/2022 vom 27. Januar 2022, S. 122), außer Kraft.

Langenreichenbach, den 08. Dezember 2023

gez. Klepel

Verbandsvorsitzender

Hinweis gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist,
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 und 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der im Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.